

# Posener Zeitung.

Fünfundfünftigster Jahrgang.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Jr. 506.

Montag, 28. Oktober  
(Erscheint täglich zwei Mal.)

Sonderate 2 Sgr. die sechsgespalte Zelle oder deren Raum, dreigespalte Reklame 5 Sgr. sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1872.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat November und Dezember nehmen sämtliche Postanstalten zum Beitrage von 1 Thlr. 6 Sgr. 4 Pf. an. Bestellungen bitten also jetzt gefäll. direkt und bald bei denselben zu machen.

## Expedition der Posener Zeitung.

### Die Krisis in Preußen.

Z Berlin, 27. Okt. Man scheint außerhalb der parlamentarischen Kreise Berlins noch keine Ahnung zu haben von der Höhe der Krisis, wie sie augenblicklich im preußischen Staatsleben zu Tage tritt. Man sage nicht: das Herrenhaus habe wieder einmal einige Gesetzesparagraphen seinen altrömischen Anschauungen gemäß zugestellt, das ist nicht zum ersten Mal geschehen und wird diesmal wohl auch nicht zum letzten Male der Fall sein. Eine solche oberflächliche Auffassung würde auf gänzlicher Verkenntung des Sachverhalts beruhen. Zuerst bedeuten die Beschlüsse des Herrenhauses die völlige Bereitstellung ieder kommunalen Reform für die östlichen Provinzen. Die Beschlüsse des Herrenhauses kehren sich nicht etwa gegen Amendments des Abgeordnetenhauses, sondern gegen die ursprüngliche Eulenburgsche Regierungsvorlage. Das Herrenhaus konservirt den Erbschulzen und sucht die Kreislasten möglichst auf Personalsteuern zu wälzen. Erklärt der Minister ein solches Amendment für unannehmbar, so höhnt Kleist-Reckow, man werde noch viele unannehbare Beschlüsse fassen. Im westlichen Deutschland hat man weniger Interesse an dieser Kreisordnung, weil die Ordnung, welche sie erst erstrebt, dort seit Menschenalter schon gilt. Eine entsprechende kommunale Grundlage für die östl. Provinzen ist aber Voraussetzung jeder organischen Gesetzgebung für die Gesamtheit des Staates. Ohne Kreisordnung ist keine Provinzialordnung, ohne diese keinerlei Dezentralisation möglich. Ohne entsprechende kommunale Organe und Verbände wird jede weitere Reform des Unterichtswesens, des Armenwesens und des Wegebauwesens undenkbar, erscheint in Ermangelung geeigneter Zivilstandsbeamten die Zivilehe undurchführbar. Das Scheitern der Kreisordnung bedeutet mit einem Wort den völligen Stillstand der organischen Gesetzgebung in Preußen. — Es soll uns nicht Wunder nehmen, wenn die offiziöse Presse sich demnächst bemühen wird, die ganze Schuld hieran der Partei Kleist-Reckow im Herrenhause, vielleicht auch den Zerfahrenheit der „neuen Fraktion“ dafelbst zuzuschreiben. Echte Spiegelrechte! Wenn nur die Statistik nicht wäre! Die Partei Kleist-Reckow ist nicht stärker als die Minorität, welche sich im Februar d. J. vergleichlich bemüht, das Schulaufschlagsgesetz zu Fall zu bringen. Damals stimmten 75 gegen die Regierung für die Kommissionsvorlage. Heute entscheiden auch nur 70—80 Stimmen zu Gunsten der feudal zusammengesetzten Kommission. Wenn dieselbe Ziffer, welche damals die entschiedene Minorität bedeutete (75 gegen 126), heute zur Majorität geworden ist, so röhrt dies eben daher, daß von der Majorität so und so viel Personen nicht zur Stelle sind. Die vornehmste Person darunter ist Fürst Bismarck selbst. Wenn Fürst Bismarck die Kreis-Ordnung nicht für wichtig genug hält, seinen Landaufenthalt in Varzin zu unterbrechen, nun, so kann man es den alten Herren welche fern von Berlin auf ihren Gütern sitzen, auch nicht wagen, wenn sie neben der Begeisterung für das Werk des Grafen Eulenburg auch ihren Haussatz zu Rache ziehen, bevor sie sich zu einer Reise in das von Krankheiten aller Art heimgesuchte Berlin entschließen.

Schließlich finden denn auch die Herren Ober- und Regierungs-präsidenten, daß, wenn andere Leute um der Kreisordnung willen nicht ihren Landaufenthalt aufgehen, es ihnen um so weniger gestattet ist, die Abstimmung im Herrenhause wegen Dienstgeschäfte zu unterbrechen. Höchstens daß man zur Präsidentenwahl in das Herrenhaus kommt, um gleich darauf wieder abzureisen. In der That hat unmittelbar nach vollzogener Präsidentenwahl die Präsenz im Herrenhause um 30 Mitglieder abgenommen. Was soll unter solchen Verhältnissen die arme „neue Fraktion“ im Herrenhause Großes leisten? Nichts bindet ja die Mitglieder an einander wie das Gesicht des Fürsten Bismarcks. Ohne die persönliche Anwesenheit des Fürsten entbehrt die Fraktion des Kompasses. Wer die Abstimmungen des Herrenhauses schilt, hält sich an Symptome, gewissermaßen wie Hautausschlag, ohne den eigentlichen Sitz der Krankheit näher zu kommen. Der tiefere Grund der Krisis liegt in einer reaktionären Wandlung, welche die im Ministerium maßgebenden Ansichten schon seit Frühjahr erfahren haben. Anzeichen der mannichfachsten Art sprechen dafür schon im Reichstage, ich erwähne nur das Scheitern des Reichsbeamten Gesetzes. Trotz aller schönen Leitartikel der Provinzialkorrespondenz flüsterten sich lange vor Beginn der Session die Vertrauten der Wilhelmstraße stillvergnügt zu, daß die Kreisordnung aufgegeben sei. Welche Gründe die reaktionäre Wandlung hervorgerufen, darüber erzählt man mancherlei. Persönliche Momente spielen ja in unserer Politik eine größere Rolle als die Meisten ahnen. Auswärtige Verhältnisse, welche eine gewisse Nachgiebigkeit im Innern bedingen, liegen überdies nicht mehr vor.

Freilich der Beweis, daß unsere inneren Verhältnisse einen Stillstand der Gesetzgebung ertragen können, soll noch erst geführt werden. Die neuen Verhältnisse, in welche Preußen und Deutschland seit 6 Jahren eingetreten ist, machen solchen Stillstand gleichbedeutend nicht bloß mit Rückgang, sondern mit der Auflösung. Wenn nicht in den allernächsten Tagen eine entschiedene Wendung eintritt, treten wir noch vor den nächsten Wahlen in einen Konflikt hinein, weit tiefer und verhäng-

nischvoller, als es derjenige war, der vor 12 Jahren seinen Anfang nahm. Man glaube nicht, daß sich diesem Konflikt durch eine neue Diversum gegen die Klerikalen ausweichen läßt. Die Klerikale Partei hat längst eine agitatorische Bedeutung gewonnen, welche sich nicht mehr durch kleine Polizei-Gesetze, sondern nur durch eine planmäßige organische Gesetzgebung neutralisieren läßt. Der Stillstand der organischen Gesetzgebung ist der Sieg der Klerikalen Partei.

In keinem Lager wird darum heute auch der Fall der Kreisordnung lauter und aufrichtiger gefeiert, als in der Zentrumspartei.

Das Sendschreiben des Bonner Professors Dr. Reinke, welches der Telegraph bereits im Auszug brachte, theilen wir in seinem Wortlaut mit, da es eine gerechte und vernichtende Kritik jener halben Charaktere enthält, zu denen der Bischof von Rottenburg Dr. Hefele gehört. Das Sendschreiben lautet:

„Hochwürdigster Herr Bischof!

Die Veröffentlichung Ihres Briefes vom 11. November 1870 an Bauerband habe ich nicht veranlaßt, und ich würde, wenn dieselbe noch nicht geschehen wäre, sie auch nicht verlassen. Die Lage unserer deutschen Bischöfe kann auch durch Mitteilung weiterer Altenstücke kaum noch verschlimmert werden. Doch darf zur richtigen Würdigung der einseitigen Veröffentlichung vertraulicher Briefe nicht übersehen werden, daß jede Kriegserklärung die Verträge hinfällig macht. Sie haben uns den Krieg erklärt, und zwar nicht mit humanem Ausdruck; denn Sie haben in der beflagten Denkschrift vom 20. September c. uns, Ihre früheren Bundesgenossen, unter denen Sie auch einzelne gern Ihre Freunde nannten, nicht blos der „absurden Behauptung“, sondern auch des Sacralegiums beklagt und sie als „Dissidenten“ bezeichnet, welche „in der gehässigsten Weise“ Beschuldigungen gegen die katholische Kirche erhöhen und mit anderen schlimmen Anklagen sie als Abgefallene überhäuft. Es erregt Verwunderung, daß Sie hiernach noch Gewicht legen auf Distretion, welche zur Zeit freundschaftlicher Beziehungen und gleichartiger Interessen zugesichert worden ist.

Was nun die Sache betrifft, so hat Ihre Erklärung im „Deutschen Volksblatt“ vom 15. Oktober 1872 auf das unabhängige gebildete Publikum den betrüblichen Eindruck gemacht. Dieselbe redet von einem fürstmonatlichen Kampfe, welcher durch eine Versöhnung mit dem vatikanischen Dekret beendet worden sei; das Schreiben vom 11. November 1870 weiß aber von einem solchen Kampfe nichts, es enthält keine Spur von einem Glaubenskampfe. „Ich kann mir in Rottenburg so wenig als in Rom verhehlen“ — so schrieben Sie, — „daß das neue Dogma einer wahren nachhaltigen, biblischen und traditionellen Begründung entbehrt.“ Ihr Kampf konnte sich nur auf die Alternative beziehen: ob Sie gegen den Versuch, die Lüge als Gottes Wort mit kirchlicher Autorität und Weichtüllawang dem christlichen Volke aufzudrängen, als treuer Hirt das Schwert des Geistes ergriffen, oder als schwacher Mann durch Resignation das Feld räumen sollten. Durch Verwerfung des neuen Dogmas sicherten Sie Sich die Ruhe des Gewissens. Sie waren Sich so klar bewußt, diese zu besitzen, also wegen des Inhalts des neuen Dogmas nicht im Kampfe zu sein, daß Sie beteuerten: „Ich will lieber den Stuhl, als die Ruhe des Gewissens verlieren“, d. h. Sie wollten lieber Ihr Bischofamt Preis geben, als durch Verföhnung mit dem vatikanischen Dekrete die Ruhe Ihres Gewissens. Wenn nun nach Ihrer Erklärung die Verföhnung mit dem vatikanischen Dekrete, d. h. also die Aufopferung der Ruhe Ihres Gewissens, Ihnen „die innere Ruhe wieder gebracht hat“, so muß jetzt ein Seelenzustand in Ihnen sein, der für uns ein unauflösliches Rätsel bleibt; aber fest steht, daß Sie am 11. November 1870 sich nicht in einem Glaubenskampfe befanden. Aber auch der wirkliche Kampf, den Sie damals zu bestehen hatten, war bereits entschieden; denn Sie hatten „die Norm für Ihre eigene Person“ gefunden. „Ich werde“ — dies sind Ihre Worte — „das neue Dogma in meiner Diözese nicht verkünden.“ Sie wollten „den Stuhl“ behalten, aber nicht im offenen Kampfe gegen den römischen Usupator Ihrer Diözese anreden und der göttlichen Prärogative, sondern Ihre Losung dabei war: „Bögerung ohne förmliches Schisma“; „die Bögerung schließt aber“, so sagten Sie, „die Nichtunterwerfung ein.“ Sie kämpften also nicht mit dem Zweifel, ob Sie Sich unterwerfen sollten oder nicht, sondern Sie waren entschieden entschlossen, sich nicht zu unterwerfen, um „die Ruhe des Gewissens“ zu bewahren.“

Es schien Ihnen damals unmöglich, daß Sie jemals Ihre Überzeugung wechseln könnten; Sie sprachen ein hartes Urteil darüber aus, daß „fast der ganze deutsche Episkopat so zu sagen, über Nacht seine Überzeugung geändert habe“; Sie fanden den Inhalt des neuen Dogmas nicht blos unwahr, sondern der verderblichsten Art, so daß dadurch „die Kirche in unberechenbarer Weise beschädigt“ werde; letztere habe „nie einen herberen und tödlicheren Schlag erlitten“, so sagten Sie. Aber freilich, Sie haben ja auch Ihre Überzeugung nicht geändert, Sie haben ja nur Ihre Subjektivität unter die höchste kirchliche Autorität aufgerichtet.“ Sie drücken sich euphemistisch aus, denn Sie wollen sagen, daß Sie Vernunft und Freiheit dem päpstlichen Absolutismus geopfert haben. Wäre Ihre Überzeugung eine andere geworden, so hätte es sich gezeigt, in einem „Volksblatte“ so zu schreiben: Es ist mir nach fünfmonatlichem Kampfe endlich gelungen, die Lehre, daß der Papst „aus sich selbst, nicht aber durch die Übereinstimmung mit der Kirche, unverbefflerliche Lehre“ Entscheidungen gebe, als Gottes Wort zu glauben. Nun aber sind Sie ohne diesen Glauben mit „in sehr verfolgungssüchtigen Infallibilismus übergegangen“, wie ihn die Fuldaer Denkschrift aufführt. Ihr „Schreiben“, daß demnächst in allem Religionsunterricht Deutschlands die Infallibilität als das Haupt- und Primär-Dogma des Christenthums werde gelehrt werden, ist vorüber mit dem „Schmerz der Eltern“, deshalb haben Sie kein Mitleid mehr; es röhrt Sie nicht, die sittliche Entrüstung der Eltern über die absichtliche Fälschung der Stellen aus der heiligen Schrift, welche Ihre Kinder in den Katechismen auswendig zu lernen gezwungen werden (vgl. den Katechismus für die Erzdiözese Köln, 1872, S. 99, Nr. 22); es bewegt Sie nicht mehr „die Abschreckung“ der einzelnen Bischöfe durch die römische Kurie, Sie fühlen nicht mehr das an den Hals gesetzte Messer; hin ist Ihre vertraulich so oft gekäuerte Freude über die Farblosigkeit Ihres Pastoral schreibens vom Ostermontag 1871, womit Rom sich zufrieden gegeben, weil Sie erst, nachdem Ihnen das dritte Mal das Messer an den Hals gesetzt worden, den Schritt gethan hätten; verloren ist die Ruhe des Gewissens. Es bleibt Ihnen nur der Trost, „das grösste Unglück, das Schisma“ Ihresfeinds vermieden zu haben. Aber, ist dieser Trost echt? Ganz abgesehen von der neuen immer tiefer greifenden Spaltung innerhalb der römisch-katholischen Kirche — haben Sie denn die Einheit, wenn Sie nach Ihrer Auffassung 165 Millionen nicht römisch-katholischer Christen als von „der Kirche“ getrennt betrachten müssen? Ist das die von Christus gewollte Einheit, welche 170 bis 180 Millionen römische Katholiken äußerlich durch Despotismus zusammen treibt und

scheinbar zusammenhält? Ist die Einheit in der Lüge und in der inneren Korruption ein Gut oder ein Uebel? Können Sie als fleißiger Kirchen-Historiker auch nur einen Augenblick sich die Illusion machen, daß die alte Kirche, die Kirche der Väter, die Einheit in der allgemeinen jurisdictionellen Unterwerfung des Episkopats und der Einzelskirchen unter den Bischof von Rom gesucht hätte? Im Schisma ist, wer der Wahrheit das Zeugniß verweigert und die Bekennner der Wahrheit schmäht und aus der Kirche ausschließen will. Im Schisma sind Sie jetzt, Herr Bischof!

Ihr verhängnisvoller Schritt ist Ihnen noch wesentlich erleichtert worden durch die Beobachtung, daß wir in unserer Reformbewegung im Bunde seien „mit zahlreichen uns innerlich heterogenen Elementen“. Darauf habe ich zweierlei zu erwidern: Erstens, daß bei jeder geistigen Bewegung heterogene Elemente sich zeitweilig verbinden; Christus müßte seine Jünger ermahnen, Weizen und Unkraut vorsichtig mit einander wachsen zu lassen, und die apostolische Kirche giebt uns dasselbe Bild. Zweitens gestatte ich mir die Bemerkung, daß Sie, Herr Bischof, doch Umschau halten mögen, mit welchen Elementen Sie Selbst denn nun im verderblichen Bunde sind? Betrachten Sie doch nur Ihre Brüder in den Redaktionen der ultramontanen Presse aller Lande. Aber auch sonst werden Sie Überflug an schlimmen Elementen finden, z. B. in der römischen Kurie sc., so daß sie bei sorgfältiger Nachforschung wohl im Stande sein dürften, uns gegen Eins immer Hundert zu bieten.

Ist es Ihnen gelungen, „die innere Ruhe“ durch Aufopferung Ihrer Subjektivität zu gewinnen, so wird es Ihnen nicht gelingen, dieselbe zu bewahren. Scheint die Beglückswünschung der sämtlichen deutschen Bischöfe zu Ihrer Erklärung\*) Ihnen diese zu sichern, so wird ein Blick auf Ihre Schrift über Honorius Sie Ihnen wieder nehmen. Ihre bessere Subjektivität ist durch den Akt der Verzweiflung, wodurch Sie Sich das Messer vom Halse schaffen wollten, nicht getötet; Sie können Ihre vernünftige Natur eben so wenig vernichten, wie die Erbsünde dies vermag; Sie wird immer wieder erwachen und jedesmal wird die verlorene „Ruhe des Gewissens“ Sie peinigen, und jedesmal wird es vorbei sein mit „der inneren Ruhe“. Den Richtstuhl Gottes, vor dem Sie als „treuer Verwalter“ erfunden werden möchten, werden die Sie jetzt beglückwünschenden römischen Bischöfe Deutschlands nicht umstehen; diese haben nicht Macht, Ihnen die innere Ruhe zu sichern.

Sie haben in der erwähnten Denkschrift erklärt: „Wir Bischöfe wissen uns mit dem gesamten Klerus und mit dem gesamten katholischen Volke vollkommen einig im Glauben und in allen Grundsätzen desselben“; in Ihrem Schreiben vom 11. November 1870 aber hatten Sie bezeugt, in Ihrer Diözese „werde faktisch nur von wenigen Geistlichen infallibilistisch gelehrt, weitans die meisten ignorirten das neue Dogma und das Volk summert sich, ganz Wenige — besonders Adelige — ausgenommen, gar nicht um dasselbe und sei sehr zufrieden, daß der Bischof darüber schwiege“. Vergleichen Sie beide Aussagen, und hin ist „die innere Ruhe.“ In Ihrer Diözese hat Klerus und Volk sich innerhalb zwei Jahren wenig geändert. Daß die Tübinger katholisch-theologische Fakultät insgesamt nicht an die Unfehlbarkeit des Papstes, ex sese, non autem ex consensu Ecclesiae, glaubt und dasgegen lehrt, ist notorisch; ver suchen Sie, diezelbe zum Befremden und Lehren des Infallibilismus zu zwingen, und Ihre „innere Ruhe“ ist hin, wenn Sie auch nur auf zwei Charaktere innerhalb dieser Korporation stoßen. Wagen Sie es, Ihren Pfarrklerus zum offenen Befremden des vatikanischen Dekretes zu nötigen, und verloren ist Ihre „innere Ruhe.“

Eins haben wir Ihrer Erklärung zu danken. Sie haben den Eindruck der Fuldaer Denkschrift für die Staatsregierungen verschärft. Diese werden endlich einsehen, daß es mit der Beförderung „nicht kompromittirter“, „milder“, „vermittelnder“ Persönlichkeiten auf die Bischofsthüle Nichts ist. Weder wird die preußische Staatsregierung den polnischen Monsignore v. Wolanski — der übrigens nicht einmal eine solche Persönlichkeit ist — zum Nachfolger Namjanowski's machen, noch die badische Herrn Alzog auf den erzbischöflichen Stuhl von Freiburg setzen. Sie werden überhaupt einsehen, daß jeder von Rom approbierte Bischof in seinem Leben und Handeln keine eigene Überzeugung und Gesinnung mehr hat, daß da aller Patriotismus eitel Schein und Trug ist, daß der Herr Rom's Lehren lehrt, Rom's Parolen ausgibt, hart oder milde ist auf Befehl der fremden Kurie. Die Staatsregierungen werden endlich erkennen, daß wer um Bischof zu werden, dem Papste den berüchtigten Basallende leistet, in welchen er sechs Mal diesen Herrn nennt und nur Pflichten gegen diesen beschwört, — in seinem Innern kein Deutscher sein kann, sondern einzige und allein ein Organ römischer Interessen in Deutschland.

Dürfte ich Ihnen, Hochwürdigster Herr Bischof, einen Rat geben, so wäre es dieser: entwinden Sie Sich schnell und fühl der kurzen Verirrung und segen Sie wieder mit Ehren ein Leben treuer Arbeit fort für die Wahrheit.

Mit der Theilnahme eines ein viertel Jahrhundert hindurch Ihnen treu Ergebenen Ihr Dr. Jos. H. Reinke, Professor der Kirchengeschichte. Bonn, 24. Oktober 1872.

\*) Die Nachricht von einer solchen Beglückswünschung ist inzwischen als irrtümlich bezeichnet worden.

### Deutschland.

Der Kronprinz hat dem Magistrat auf die Beglückswünschung zum Geburtstage folgende Antwort zugehen lassen:

Die freundlichen Glückwünsche, erwünscht der Magistrat von Berlin Mir zu Meinem Geburtstage ausgesprochen und bei deren Darbringung er auch den schmerlichen Verlust gedacht hat, welchen das kal. Haus in diesen Tagen durch den Hintritt Meines Sohns, des Prinzen Albrecht Königliche Hoheit erlitten, verpflichtet Mich zu lebhaftem Danke. Wenn der Magistrat bei diesem Anlaß an die zahlreichen Beweise warmer Sympathie erinnert, welche Mir auf Meiner diesjährigen Reise durch Süddeutschland entgegengetragen sind, so darf Ich mit freudiger Genugtuung sagen, daß dieselben nicht nur Meinem Herzen wohlgelten, sondern vor Allem die Überzeugung in Mir bestätigt haben, daß die gewonnene Einheit unseres Vaterlandes stark genug ist, um allen inneren oder äusseren Stürmen zu trotzen. Im Bewußtheit unserer Kraft aber dürfen wir hoffen, den Ausbau unserer heimatlichen Dinge in Frieden vollenden zu können, auf daß das neu errstandene Reich in allen seinen Theilen der Segnungen theilhaftig werde, die ein glückliches Gemeinwesen seinen Bürgern gewährt.

Neues Palais bei Potsdam, den 25. Oktober 1872.  
gez. Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

An den Magistrat zu Berlin.

— Prinz Humbert und die Prinzessin Margarethe haben anlässlich des Ablebens des Prinzen Albrecht an den Kaiser folgendes Telegramm gerichtet:

"An Seine Majestät den Kaiser von Deutschland und König von Preußen erhalten wir die Kunde von dem Todesfall der Ew. Majestät und die kaiserliche Familie betroffen hat. Wir nehmen an den Schmerzen Ew. Majestät den lebhaftesten Anteil und bitten den Ausdruck unseres herzlichsten Mitgefühls entgegenzunehmen. Humbert von Savoyen und Margarethe." Ein gleichlautendes Telegramm ist vom Prinzen Humbert an den Prinzen Albrecht (Sohn) und von der Prinzessin Margarethe an die Herzogin Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin gerichtet worden.

— Der hiesige Magistrat hat nun, wie erzählt wird, auch einen Kandidaten für das Herrenhaus präsentiert, aber nicht den Oberbürgermeister Hobrecht, der vielleicht keine große Freude an Fortsetzung dieser Art parlamentarischer Thätigkeit haben mag, sondern einen Stadtrath und zwar einen Freiherrn, der eben sonst noch keine Beweise parlamentarischer Tüchtigkeit geliefert hat. Bis jetzt hat das Herrenhaus nur ein jüdisches Mitglied, den Baron Mayer Karl von Rothschild, in Frankfurt dessen Berufung die "alten Herren" in demselben allerdings sehr verdrossen hat.

— Das dem Bischof Hefele nahe stehende "Deutsche Volksblatt" erklärt die Nachricht des Telegraphenbüros von einem Gratulationsschreiben der deutschen Bischöfe an Hefele für grundlos.

— Wie der "Volksblatt" aus Leipzig meldet, wären dieser Tage durch den dazu beauftragten Legationsrat Polhar Bucher Verhandlungen mit Herrn Hans Blum geslossen worden wegen Übernahme der Redaktion der "Nordd. Allg. Ztg.". Hans Blum soll abgelehnt haben.

— Herr v. Noor hat sich einer Befragung erinnert, die s. J. der Kommission des Reichstages über das Militärstrafgesetz gegeben worden. Demzufolge ist die allgemeine Anordnung ergangen, daß auch im strengen Arrest die Verabreichung einer wölflichen Decke "statthaft" ist. Die "König. Ztg." meint, der Minister hätte für die armen, der warmer Kost und des Lagers entbehrenden Leute die Verabreichung der Decke obligatorisch, statt nur facultativ, vorschreiben sollen.

— Wie der "St.-A." meldet, hat der Kaiser in Folge der Beschlüsse des Generallandtages der Westpreußischen Landeschaft vom 29. Mai d. J. aufgestellten dritten Nachtrag zu dem Reglement der landwirtschaftlichen Haferversicherungsgesellschaft für Westpreußen vom 16. Februar 1863, seine Genehmigung ertheilt.

— Wie die "Deutsche Wochenschrift" hört, wird in der Ausstellung der Adelsdiplome künftig in sofern eine Änderung eintreten, als einzelne der antiquirten Wendungen, welche bisher in denselben noch üblich waren, in Wegfall kommen sollen.

— Eine Bekanntmachung des k. Polizei-Präsidiums heute an den Anschlagsäulen setzt eine Belohnung von 300 Thlr. für die Entdeckung des am 19. Oktober verübten Diebstahls an einem Post-Brief-Beutel aus. Die darin befindlichen Geldbriefe enthielten etwa 5782 Thlr.

Danzig, 27. Okt. Die erste in Deutschland erbaute Panzer-Corvette der Kaiser-Marine "Hansa" lief gestern Nachmittag 4 Uhr glücklich vom Stapel. Fräulein v. Treskow vollzog die Schiffstaufe. Die "Hansa" soll nächstens nach Kiel übergeführt, um dort gepanzert zu werden.

Breslau, 27. Oktober. [Vom katholischen Lehrerverein. Alt-katholiken-Versammlung.] In ultramontanen Kreisen erreichen die Vorkommnisse bei dem Festessen, welches der katholische Lehrerverein zu Ehren der als Schulinspektor nach Oberschlesien berufenen Seminarlehrer Battig und Rektor Kurnik gab, großen Unwillen, und wenn schon die Beslichkeit an sich selbst höchst mißlichig bemerkelt worden ist, so ist dies mit dem während des Dinners auf eine freie deutsche Volksschule ausgebrachten Toastes und dem telegraphischen Gruße an den Kultusminister Dr. Falk, welcher von diesem auf das Freundlichste erwidert wurde, noch viel mehr der Fall. Die ultramontane Presse sieht darin eine bedenkliche Demonstration, während wir von unserem Standpunkte aus diese Vorkommnisse als sehr bemerkenswerte Zeichen des Fortschritts und der Aufklärung begrüßen und mit Genugthuung konstatiren, daß in der Neuzeit ein freieres, selbständigeres Urtheil nicht nur in den Kreisen der katholischen Gymnasial-, sondern auch in denen der Volksschullehrer Platz gegriffen hat. — In der am 22. d. M. hierorts abgehaltenen zahlreich besuchten Alt-katholiken-Versammlung ist es zu der beabsichtigten, definitiven Bildung einer hiesigen selbständigen alt-katholischen Gemeinde

noch immer nicht gekommen, wenn auch wiederum eine Menge Personen ihren Beitritt zum Verein durch Unterzeichnung der Statuten angemeldet haben. Zunächst wird es sich um Beschaffung eines geeigneteren Lokales handeln, da das bisherige, abgesehen von allen übrigen Mängeln für den jetzigen Mitgliederstand der Gesellschaft nicht mehr ausreichend erscheint. Professor Dr. Weber sprach übrigens in der Versammlung sehr beherzigende Worte, indem er hervorholte, daß der Altkatholizismus nicht gegen das Episkopat an sich, sondern nur gegen die zeitigen Träger desselben, welche sündige Menschen seien wie alle Anderen, auch nicht gegen den Papst als Oberhaupt der Kirche, sondern nur gegen den zeitigen Träger der päpstlichen Gewalt kämpfe, der durch Missbrauch dieser Gewalt die Kirche in Verwirrung gestürzt habe.

Gardelegen. Am 3. Juli d. J. wurde die katholische Privatschule polizeilich geschlossen; gleichzeitig wurden die Eltern der katholischen Schulfinder aufgefordert, ihre Kinder in die bissigen evangelischen Schulen zu schicken und zur Ueberweisung in die betreffenden Schulen dem Prediger Wallenbach, welcher als Schulinspektor angestellt ist, vorzuführen. Dieser Aufforderung wurde nicht entsprochen; seitens der Polizeibehörde wurden deshalb die Familienväter in eine Strafe von je 2 Thalern genommen, gleichzeitig wurde gegen sie eine Strafe wegen Verfälschung der Schule seitens ihrer Kinder festgesetzt. Es wurde auf gerichtliches Gehör angebracht. Der Polizeidirektor erkannte, wie die "Germ." vernimmt, auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten.

Hachingen, 24. Oktober. Das hiesige Schwurgericht hat den Pfarrer Köhler von Owingen wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit zu 15 Monaten Gefängniß verurtheilt.

### Oesterreich.

Wien, 23. Oktober. Vor 24 Jahren schrieb Palacky: "Wenn Oesterreich nicht schon bestände, mühten wir uns beeilen, es zu schaffen." Der Historiograph Böhmen ist indeß alt geworden, hat die Auferstehung der in der Schlacht am Weißenberg Gefallenen bis jetzt nicht erlebt und findet es für gut, seine "Radhos" (Trost) für sich und seine Gefinnungsgenossen zu schreiben. Dem Schlusse des in langweiligem Predigtstiles geschriebenen Trostes entnehmen wir folgende Krafftstellen:

"Er muß sein 1848 gesprochenes Wort zurücknehmen, ja er läßt jetzt leider selbst die Hoffnung auf den dauernden Bestand Oesterreichs fahren, weil den Deutschen und Magyaren in ihm die Herrschaft und Macht gegeben ist. Die Deutschen wollen nun Oesterreich nicht anders, denn als Despotie. Durch ihre Schuld ist das Reich auf eine schiefe Ebene gekommen, die es dem Abgrunde zuführt. Um das böhmische Volk ist ihm nicht sehr lange in diesem Falle. Die Deutschen, meint er, nennen schon lange seinen Namen mit Schimpf und Spott, aber er will nicht Gleiche mit Gleichen vergelten, vielmehr bedauert er sie aufrichtig, weil sie in der Sittlichkeit immer tiefer sinken und sich einzog von ihrer verworfenen Journalistik leiten lassen und von jüdischen Schrödern, ohne Gewissen und Scham, die von Recht in Wahrheit Nichts wissen wollen, sondern nur ihren Vortheil im Auge haben. Der jüdische Stamm herrscht nun allgemein in Deutschland, obgleich er erst in unsern Tagen emanzipirt worden ist. Die Juden geben der öffentlichen Meinung die Richtung, trotzdem ihnen immer und überall, wie ihrem Prototypen Shylock, die bloße Legalität genügt. Slavische Ritterlichkeit, Edelstahl, Grossmuth kennen sie nicht. Der zweite Hegemonatstamm, die Magyaren, sind nicht besser. Zwar werden sie nun bald das tausendjährige Gedächtniß ihrer Existenz auf europäischen Boden feiern, aber trotzdem sind sie Awaren und Hunnen geblieben und der Verfasser des Trostes verbürgt sich nicht dafür, ob noch am Schlusse des zweiten Jahrtausends ein Nachkomme ihr Gedächtniß wird feiern wollen oder können."

Prag, 24. Oktober. Der "Ezech" erwähnt von Palacky's Los-sage gebräuch an Oesterreich kein Wort, verlangt aber, daß, ohne eine Minute zu verlieren, aus "seinen Kreisen" ein Ministerium berufen werde. Für die Weltausstellung braucht der Kaiser nicht zu fürchten, sie werde trotzdem glänzend ausgeführt werden. Die Juden und einige wenige Leute, die an ihnen hängen, werde man bald zur Raison bringen. "Ezech" verspricht, seine Regierungsmänner würden mit diesen Oppositions-Elementen im Nu fertig sein, nur müde der Kaiser um Gotteswillen keine Stunde mehr zögern. — Bezuglich Palacky's Schrift sagt das Statthalterei-Organ: Werden die Ezechenblätter noch zu behaupten wagen, daß freie Wort sei verpönt, nachdem solche Ergüsse gedruckt und kolportirt werden dürfen? — Die Wahl des Grafen Rudolf Chotek zum Obmann der Bezirksvertretung in Kuttenberg wurde vom Kaiser nicht bestätigt.

### Kleinstaatliche Silhouetten.

Bon Oskar Elsner.

I.

Das Jahr 1863 hat zwar Deutschland um einige seiner so bewunderungswürdig konservirten Kleinstaaten gebracht und die übrigen "kleinen Herren" so gut wie deposedirt, aber man würde sich täuschen, wenn man glauben wollte, daß damit die Kleinstaaterei überhaupt aus Deutschland verschwunden sei. In den neuen Provinzen des preußischen Staates mag der frische Lustzug, der seit 1866 dort weht, das stagnirende Philisterthum nach und nach auftrütteln, in den noch als selbständige Staaten bestehenden Miniaturländern ist das keineswegs der Fall. Der Patriarchismus steht hier noch in üppigster Blüthe, und wer als Nordländer eines jener "Reiche" betrifft, glaubt sich im "Lande Lünen" zu befinden. Es gilt dies besonders von den südl. gelegenen Fürstenthümern, die, eingeklemmt in waldige Höhenzüge, von der übrigen Welt fast gänzlich abgeschlossen sind. Der Pulschlag des öffentlichen Lebens pocht in jenen gesegneten Thälern nicht — hier walzt Frieden und Stille, wie im Paradies.

Der echte Kleinstaatler kennt eigentlich nur zwei Dinge, die ihn auseinander interessieren: die Qualität des Bieres, das er massenhaft vertilgt, und die Beschlüsse der Stadtverordneten, über die er räsonniert. Politik treibt er nach dem Lokalblatt, das zumeist Regierungssorgan ist, und von den allgemein deutschen Angelegenheiten gerade so viel enthaltet, als der ehrsame Bürger braucht, um Abends in der Kneipe kanngießern zu können. Er bewegt sich in einem ganz bestimmten, fest geschlossenen Ideenkreise, der dem Aufklimm der neuen Zeit siegreich widersteht. Und hierin liegt der Krebschaden, den die Kleinstaaterei geschaffen und sorgfältig genährt hat. Das Volk ist hinter der Zeit zurückgeblieben, es kommt über den engherzigen Egoismus nicht hinaus und empfindet die Forderungen der Gegenwart als lästige Ruhestörer. Demgemäß wird alles Fremde und jeder Fremde, der sich dorthin verirrt, von den Eingeborenen von vornherein mit Misstrauen betrachtet. Sie haben das ganz natürliche Gefühl, daß ihnen der Ausländer überlegen ist.

Wenn an sich schon jede kleine Stadt, so ist ganz besonders eine kleinstaatliche Residenz die Bruststätte des Klatsches. Ein Ereignis des Nachmittags, und wäre es noch so unbedeutend, wird bereits am

Abend an sämtlichen Biertischen erzählt, kommentirt und diskutirt. Oft genügt eine einzige Neußerung, die Der oder Jener gethan hat, um den gesamten Sprechansatz der Stadt in Bewegung zu setzen. Daß Serenissimus dabei nicht leer ausgeht, versteht sich von selbst. Ich habe während meines Aufenthaltes in einem derartigen Nest die Blitzschnelle bewundert, mit welcher solche Neußerungen an die "höchste Stelle" gelangten. Und davon machen die leidlich gebildeten Elemente nicht einmal eine Ausnahme. Die Beamten wie die Bürger, die Bürger wie die Hausknechte — sie klatschen sammt und sonders, und ihr Wohlbeinden steigt in dem Grade, als sie Stoff zum Klatschen besitzen.

Nun passirt es aber zuweilen, daß dieser Stoff ausgeht. In solchen Fällen hilft man sich auf sehr einfache Weise: man spionirt und findet dabei gar nichts Auffälliges. Natürlich ist das nächste Objekt der Spionage der Fremde. Woher kommt er, welches Geschäft hat ihn hergeführt, wohin geht er? Die Lösung dieser Fragen bietet Material für mehrere Tage. Bleibt der Fremde nun länger oder läßt er sich gar am Orte nieder, so wird er, gewöhnlich ohne es zu wissen, der Gegenstand lebhaftester Erörterung. Man ermittelt seinen Namen und seine Stellung; das ist am Ende nicht schwierig. Aber man ermittelt auch seine Vermögensverhältnisse und seine Vergangenheit, und das ist schon schwieriger. Kurz, ehe acht Tage vergehen, kennt man Herrn X. Y. so genau, als lebte er seit Jahren im Philisterlande. Man hat dort fortwährend das Gefühl, unter einer Glasglocke zu wohnen — auch nicht die kleinste Bewegung entgeht der argwöhnigen Haupt- und Residenzstadt und ihrer erb- und eigenthümlichen Bierkritik. Wehe ganz besonderer Schärfe ist das Auge der Besteuerungskommission. Von dem Unglücklichen, der sich erlaubt, in einem öffentlichen Lokale warm zur Nacht zu essen oder auf öffentlicher Straße einen neuen Rock zu tragen! Er kann mit Sicherheit darauf rechnen, daß er am nächsten Morgen "wegen augenscheinlich gestiegenen Einkommens" in eine höhere Steuerklasse befördert wird.

Überhaupt florirt das Steuerweinen. Die Staats- und Stadtabgaben erreichen eine Höhe, die zu der Kleinheit des Landes und der Stadt in gar keinem Verhältniß steht. Das ist kein Wunder, wenn man bedenkt, daß der Regierungs- und Verwaltungsapparat ein eben so umfangreicher und komplizierter ist, wie in großen Staaten und großen Städten. Wohl aber ist es ein Wunder, wie die getreuen Un-

Kraatz, 23. Okt. Obgleich Herr Zybiliewicz in der vorigen Reichsraths-Session den befannen Ausspruch that: "Wir wollen kein Geschäft machen!" sind, scheint es, unsere Nationalen gleichwohl der Effektivierung eines guten Geschäfts nicht so abgeneigt, wenn sie den Augenblick dazu günstig finden. So verfehlt sie den Umstand, daß die galizischen Abgeordneten in Pest für das Militär-Budget gestimmt haben, klug undweise für ihre Zwecke auszunützen, und der biege "Ezaz" — nachdem er heute die Regierung an den ihr seitens der Polen in der Delegation geleisteten Dienst erinnert — sucht in langer Rede darzuthun, daß durch die direkten Wahlen die zentralistische Partei im Reichsrath präpondieren und dieser dadurch in einen Konvent (!) verwandelt werde und die Regierung machtlos sein würde, während bei vielen Parteien (im Sinne des "Ezaz") übertragen; bei föderalistischer Parteigruppierung im Reichsrath die Regierung jedesmal in Vortheile sein müsse. Das Blatt kommt immer wieder auf die Haltung der Polen in der Delegation in Pest zurück und debütiert jedesmal mit der Frage: ob auch das Ministerium dieser guten "That" der Polen in Zukunft eingedenkt sein wird? Auch die Polen haben, wie man nun sieht, den geschäftspraktischen Grundfaß: "Nichts umsonst" akzeptirt und verlangen schon jetzt den Lohn für ihre regierungsfreudliche Stimmenabgabe in der Delegation. Daß unsere Nationalen gegen die direkten Wahlen nicht aus Liebe zur Regierung, sondern aus Furcht um die eigene Haut gestimmt sind, wird wohl jeder einsehen, der die hierländischen Verhältnisse kennt und denkt, daß direkte Wahlen jetzt umso wichtiger nach Wunsch und Gefallen unserer national-politischen Führer ausfallen würden, als diese nicht nur in den Ruthenen Gegner haben sondern auch durch die letzten Lemberger Wahlen sich in den galizischen Juden eine nunmehr offene und vielvermögliche Gegenpartei (die, nebenbei bemerkt, stets eine viel verlässlichere Stütze einer verfassungstreuen Regierung ist als die Polen) geschaffen haben. (Dtsch. Ztg.)

### Frankreich.

Paris, 25. Oktober. Einiges Aufsehen erregt hier ein Artikel des "Osservatore Romano," der sich für die Verkündung der definitiven Republik in Frankreich ausspricht. Das direkt vom Balkan inspirierte Blatt sucht darzuthun, daß die Republik, wie man sie für Frankreich in Vorschlag bringe, eine Garantie der Ordnung für Europa sei und die Katholiken nichts zu befürchten hätten. Der Präsident der Vereinigten Staaten Nordamerikas, Grant, hat, sobald er von dem Ergebnisse der jüngsten französischen Wahlen Kenntnis erhalten, ein Glückwunscht-Telegramm an Hrn. Thiers gesandt und darin die Hoffnung ausgedrückt, Letzterer werde sich den Ruhm erringen, in Frankreich die Republik fest begründet zu haben; die Wahlen hätten in Amerika den besten Eindruck gemacht und würden dazu beitragen, die Freundschaft zu befestigen, welche beide Länder verbinden. Die schweizer Regierung beglückwünscht Thiers ebenfalls. Morgen geht das 79. Linien-Regiment nach Châlons, um die Stelle der dortigen deutschen Truppen einzunehmen. Das "Bulletin conservateur" républicain kündigt heute an, das linke Zentrum (dessen Organ es ist) werde bald nach der Eröffnung der Session ein Programm veröffentlichen, das demokratisch und liberal genug sein wird, um die republikanische Linke und die neuen Verbündeten des linken Zentrums aufzudenken zu stellen. Der Gegenkandidat des Republikaners und Apotheker Lamouroux bei der Wahl eines Kandidaten für das Pariser Hallenquartier ist ein gewisser Poiret, ein Erz-Bonapartist. Die Orleanisten, Legitimisten und Bonapartisten werden für denselben stimmen. Diese drei Parteien sind übrigens übereingekommen, bei allen zukünftigen Wahlen Hand in Hand zu gehen. Aus einem Schreiben Barthélémy St. Hilare's, welches die Lyoner Blätter veröffentlichten, hat Thiers es jetzt bestimmt abgelehnt, sich nach Lyon zu begeben.

Unter den Bonapartisten hat die Nachricht, daß die Ministerien Balakao und Olivier in Anklage stand versekt werden sollen, Beifürbung erregt. Aber "Ordre" will wissen, daß Thiers gegen die Verfolgung sei und gesagt habe: "Assez de politique! Pour Dieu occupons nous de nos affaires." — Pietrement, welcher am letzten Sonntag im Pariser Hallenquartier als republikanischer Kandidat für den Gemeinderath austrat, aber die nötige Stimmenzahl nicht erhielt, giebt seine Kandidatur auf. An seiner Stelle hat man den Apotheker D. Lamouroux aufgestellt. — Der Justizminister Dufaure wird bei Eröffnung der Session der Kammer sofort ein neues Gesetz gegen das Duell vorlegen. Dasselbe soll äußerst strenge Bestimmungen enthalten. — Auf dem Kriegsministerium arbeitet man gegenwärtig an einer Geschichte des Krieges von 1870/71. (K. Ztg.)

terthan das Geld aufzubringen, um den immerfort hungrigen Steuerschlund zu füllen.

Handel und Gewerbe sind zumeist nicht bedeutend und das Kapital befindet sich im Besitz der Eingewanderten. Der Einheimische ist zu träge, um dem Erwerb energisch obzulegen. Hat sich der Krämer oder Handwerker nach Verlauf von so und so viel Jahren eine Summe von vielleicht 10,000 Gulden, alsojetzt 6000 Thlr., zusammengetragen, so setzt er sich zur Ruhe und lebt seelenvergnügt von den Zinsen. Er hält es durchaus mit dem bekannten Worte:

Genieße froh, was dir beschieden,  
Entbehre gern, was du nicht hast!

Diese Genügsamkeit offenbart sich überall. Wer z. B. — was in Norddeutschland bei jedem Strassenkehrer üblich zu sein pflegt — den trockenen Käse mit Butterfleisch, gilt allgemein für außerordentlich vermögend und läuft obendrein Gefahr, als Verschwender erklärt zu werden. Keiner von diesen Residenslern wird sich jemals untersagen, in einem öffentlichen Lokale zu speisen, und wäre er noch so hungrig und müßte er, um nach Hause zu kommen, eine halbe Stunde laufen. Ich habe in dieser Beziehung ganz wunderbare Beobachtungen gemacht.

Etwas eine Viertelmeile von der Residenzstadt, in welcher ich mich aufhielt, liegt ein Dorf, welches, da es ein leidliches Gasthaus nebst geräumigem Garten besitzt, mit besonderer Vorliebe besucht wird. An schönen Nachmittagen veranstaltet der Wirth Militärkonzerte zum Entrée von 9 Kreuzern, also 2½ Sgr. Natürlich befreit sich daran nur die Honoratioren, denn diese allein sind im Stande, den unerhörten Eintrittspreis zu bezahlen. Gegen 6 Uhr abends stellt sich bei den ehr samen Kleinstaatlern der Hunger ein, und was geschieht nun? Anstatt vom Wirth ein billiges Butterbrot zu verlangen, wandert die Gesellschaft nach der Stadt zurück, frühstückt daheim zu Abend und zieht dann unverdrossen noch einmal nach dem Dorfe, um das Konzert zu Ende zu hören. Kommt aber je einmal einer dieser Philister in die Lage, in der Kneipe essen zu müssen, so unterläßt er gewiß nicht, sich dieserhalb bei den übrigen am Tisch Sitzenden zu entschuldigen.

Charakteristisch für die gesellschaftlichen Zustände ist das Verhältnis der Wirths zu ihren Gästen. In der ge ammten zivilisierten Welt gilt die Ansicht, daß der Kneipier der Kneipendienst wegen da sei. Hier aber ist das völlig umgekehrt, der Gast kann seinem Gott danken, wenn der Herr Wirth, gewöhnlich ein vierzehntiger Kerl von haus-

## Italien.

Rom, 20. Okt. Die fortwährenden Angriffe, denen König und Verfassung, Ministerium und Parlament in den hier erscheinenden, sich als offizielle Organe des Vatikan gehörenden Blätter, wie dem „Osservatore romano“ und der „Voce della Verità“ ausgesetzt sind, ohne daß außer der Beschuldigung einer oder der andern Nummer von Seiten der Behörden dagegen eingefügt wurde, haben jetzt zu einem Schritte mehrerer Deputirten beim Ministerium Anlaß gegeben und dieses hat sich denn auch zu dem Entschluß aufgerafft, die genannten Blätter ohne Rücksicht auf ihre intimen Beziehungen zum Vatikan, dessen amtliche Veröffentlichungen sie ganz nach Art amtlicher Blätter zum Abdruck bringen, in Zukunft wie jede andere Zeitung zu behandeln, sobald sie, sei es selbst in angeblich wortgetreuer wiedergegebenen „Discorsi“ des Papstes wider die Landesgesetze verstößen. Kardinal Antonelli ist in vertraulicher Weise ersucht worden, den Papst bei künftigen öffentlichen Kundgebungen auf diese und jene Rücksicht aufmerksam zu machen, doch er hat das Anstossen mit der Bemerkung, er würde damit persönliche Gefühle Sr. Heiligkeit berühren, die besser unerregt blieben, abgelehnt. — Ernst Renan wohnt gegenwärtig hier im Hotel d'Allemagne. Eine deutsche Familie, welche viele geistliche Besucher bei sich sah, verließ alsbald das Hotel. Dagegen wurde Renan vom Circolo Favaro ausgezeichnet, der ihn zu seinem Mitglied machte und feierlich einführte. — In den letzten Tagen sind die Fagaden der französischen Nationalkirche und anderer französischer Institute mit Unflat beschmiert worden.

Alles in Allem müssen Sie nach Vorstehendem zu dem Schlusse kommen: mit den Augen des Politikers angesehen, und nach menschlichem Ermessens ist die Lage des heil. Stuhles eine sehr kompromittirt. Die Meinungen der einfließendsten Freunde des Papstthums über die Zukunft gehen in zwei Richtungen auseinander; die Einen glauben, daß die Piemontesen nach Rom kommen werden, daß die weltliche Papstherrschaft wenigstens für eine Zeit lang, untergeht; die Andern glauben, daß die weltliche Papstherrschaft sich zwar erhalten werde, aber in einer Form, die dem Papste nur die Ehre der Oberleitung läßt. So viel steht fest: lange kann das gegenwärtige Regime nicht mehr dauern, und — unter uns gesagt — sein Untergang wäre kaum zu bezüglich. Die revolutionäre Okkupation der fünfzehn päpstlichen Provinzen hat freilich in denselben einigermaßen gespannte Zustände geschaffen, sie hat aber auch mit den Resten des feudalen Systems aufgeräumt, mit den Majoratsrechten, den Gütern der todtenden Hand etc. Es ist die reine Wahrheit: wenn die Bevölkerung dieser Provinzen auch gegen die Revolution, welche ihnen schwere neue Abgaben auferlegte, flucht — sie wünscht, bis jetzt wenigstens, das Geistliche Regiment nicht mehr zurück.

Was sagen unsere Ultramontanen, welche die Intervention des Deutschen Reichs für die Wiederherstellung des Kirchenstaats forderten, zu diesen Befürchtungen eines „Vertrauten im Vatikan“?

Die „Aachener Zeitung“ veröffentlicht einen Brief des Herrn Le Roing, oder wie er in Rom sich nennt, Henr i de Mag u e l o n n e, der in den 60 Jahren bis zur Säcularisierung Roms Direktor der dort auf päpstliche Kosten erscheinenden „Correspondance de Rome“ war, und bis zur Stunde Vertrauter im Vatikan ist. Er versorgte von Rom aus die ultramontanen Blätter, u. a. auch die „Köln. Volks-Zeitung“, mit Berichten über die Zustände im Kirchenstaat, und da ihm von der Redaktion jenes Blattes Vorstellungen über seine Schönfärberei gemacht waren, so fandte er am 4. April 1866 einen Privatbrief, in welchem er seine wirkliche Meinung ehrlich darlegte. Der interessante Brief, der den Untergang des letzten Restes des Kirchenstaats als nothwendig und wünschenswerth voraussagt, lautet:

„Sie verlangen von mir, daß ich Ihnen die ganze Wahrheit über die Lage des Landes sagen soll. Wenn ich dieser Ihrer Weisung nicht immer nachkommen bin, so geschah es, weil mir der Zeitpunkt noch nicht gekommen schien. Sie sollen indessen die Wahrheit ganz ohne Rückhalt hören, ich gebe sie Ihnen hier in wenigen Zeilen. Sämtliche Maßnahmen der päpstlichen Regierung tragen offenbar das Gepräge einer Eroberung, wie sie gleichzeitig das Herrnannen einer Katastrophen und das Ende eines Staates ankündigt... Pius IX. will nicht blos über den Kirchenstaat herrschen, sondern er will auch allein regieren ohne seine Minister. Die Meinung, der Kardinal Antonelli habe auch nur den geringsten Einfluß, ist eine unsinnige. Wenn Antonelli auf seinem Posten geblieben ist, so verdankt er dies seiner Ge-

schmeidigkeit und seiner Servilität gegen den Papst, die nicht grübler sein kann... Man muß es leider gestehen, daß die Kirche, anstatt die Bildnerin der Welt zu sein, sich nach der Welt einrichtet. Die Diözesen sind zu Amtsbezirken von Präfekten geworden, die Bischöfe aus Lehrern zu Administratoren; im Vatikan wird die katholische Welt regiert, wie Frankreich in den Tuilerien... Die Mehrzahl der päpstlichen Minister ist so unfähig, daß, was noch Nennenswerthes geschieht, der Initiative Pius IX. zuzuschreiben ist. Post und Zollwesen, Handel und Industrie liegen im Argen liegen. Die Korruption der Beamten könnte nicht schlimmer sein. In der Armee gibt es, wenn man von den Zuaven absieht, nur zerstreuende Elemente. Der Adel ist der Regierung feindlich geneigt und die ganze Umgebung des Papstes, mit einigen Ausnahmen, würde sich nicht bedenken, ihn zu verrathen oder im Stiche zu lassen.“

## Rußland und Polen.

Petersburg, 21. Okt. Der bekannte polnische Patriot Sadyk Pascha (Michael Czajkowski), der langjährige Oberbefehlshaber der polnischen Sultankasaken, hat seinen schon seit längerer Zeit gefassten Entschluß, sich mit der russischen Regierung vollständig anzuschließen, nunmehr zur Ausführung gebracht. Er hat in einem Schreiben an den Kaiser Alexander seine versöhnlichen und sympathischen Gesinnungen für Russland offen dargelegt und um Amnestie gebeten, die ihm denn auch bedingungslos erteilt worden ist. Der auch als polnischer Schriftsteller bekannte Sadyk Pascha ist polnischer Emigrant von 1831, der sich 1849 am ungarischen Aufstande beteiligte, nach dessen Unterdrückung in Konstantinopel ein Asyl fand und dort den mohamedanischen Glauben annahm und gleichzeitig in den türkischen Militärdienst eintrat. Die auf Betreiben des Fürsten Adam Czartoryski zur Zeit des Krimkrieges vom General Wladislaw Zamoyski organisierten polnischen Sultankasaken-Regimenter, deren Oberbefehl ihm übertragen wurde, betrachtete er als Organisationskern der künftigen polnischen Aufstands-Armee, welche die Befreiung Polens von der Fremdherrschaft erkämpfen sollte. Er war ein erbitterter Gegner Russlands und hat an allen politischen Umtrieben der Emigration, welche die Hervorrufung eines Aufstandes in den russisch-polnischen Provinzen bezeichneten, thätigen Anteil genommen.

## Türkei und Donausfürstenthümer.

Bukarest, 25. Okt. Ein Korrespondent der „N. Fr. Pr.“ berichtet unterm 20. d. M. u. A. Folgendes:

Das Ministerium Catargiu hat sich für rumänische Zustände ziemlich lange gehalten, und es ist nicht zu leugnen, daß dasselbe einige Ordnung in das Regierungshaus gebracht hat, welches es von Ioan Ghika übernehmen mußte. Sein größtes Verdienst besteht in der Regelung der Eisenbahnfrage und in der Purifikation des Beamtenstandes. Der Kriegsminister Floreșcu hat außerdem noch den Vorzug, daß er in die äußerste Rand und Band getommene Armee Disziplin und Subordination wieder eingeführt hat. — Es ist daher zu bedauern, daß Catargiu nicht mehr geeignet ist, die Staatsgeschäfte weiterzuführen, sondern sich mit dem Eintritt der nächsten Kammerwahl, oder schon vor derselben in das Privatleben zurückzuleben will. Die Roten machen sich einige Hoffnung, wieder ans Ruder zu gelangen, aber es ist wenig oder keine Hoffnung vorhanden, daß ihre Wünsche in Erfüllung gehen, obgleich Logoliticheano der talentierteste unter den rumänischen Staatsmännern ist und Hrn. Ioan Bratianu ein großer und aufrichtiger Patriotismus nicht abgeschriften werden kann. Fürst Carol kann nicht vergessen, in welche schwierige Lage der exaltierte Patriotismus Ioan Bratianu's das Land gebracht hat und wie viel Mühe es kostete, die durch ihn zerrütteten Finanzen auch nur einigermaßen wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

## Vom Landtage.

### 28. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 26. Oktober, 11 Uhr. Am Ministerial Graf Eulenburg, Graf Noen, Graf Ikenplis, Leonhardt, Geh. Rath Persius.

Das Haus segt die Spezialabteile des Kreisordnungsentwurfs fort. Bei § 21, welcher von dem Kreisstatut handelt, will die Herrenhauskommission die Befugnisse des Kreistages, statutarische Anordnungen zu treffen nicht nur der Regierungsvorlage gemäß auf diejenigen Gegenstände beschränken, hinsichtlich deren das vorliegende Gesetz Verschiedenheiten gestattet oder welche es ausdrücklich der statutarischen Regelung überläßt, sondern sie noch ausdehnen auf solche Kreisangelegenheiten, hinsichtlich deren das Gesetz keine ausdrücklichen Bestimmungen enthält und auf sonstige eigenthümliche Verhältnisse und Einrichtungen des Kreises.“ Referent v. Kröcher motiviert den Kommissionsvorschlag damit, daß während die Motive der Vorlage als Zweck derselben hinstellen, die Selbstverwaltung einzuführen und

Wort und drehte ihm den Rücken. Dem Fremden mochte diese Behandlungsweise neu sein, er wandte sich daher an einen Einheimischen mit der Bitte, ihm die bewußte Karte vermittel zu wollen. Dieser entsprach dem Wunsche, indem er den Wirth folgendermaßen anredete: „Du Ignaz, der Herr wünscht was z' esse, 's ist der fremde Schauspieler und du könnt' schon a Bissel artig sein.“ Was antwortete der Kneipenoverain?“ Wenn der Herr z' mir kommt, muß a wisse, daß hier mir z' esse giebt. Im Uebrigen wolle wir erst seh'n, wie a Komödie spielt.“

Gott erhalte den Humor und die unfreiwilligen Humoristen!

## Die Arbeiten am Wagnertheater

scheint die „Oberfr. 3.“, geben rüstig vorwärts. Die Grundmauern sind bereits vollständig verakordirt und, wie der Augenschein zeigt, auch bereits wacker vorgezeichnet. Das Fachwerk des Gebäudes selbst wird diesen Monat noch vergeben und sind bereits zahlreiche Differenzen eingelaufen. Was den Absatz der Patronatscheine betrifft, so geht dieser stetig vorwärts. Die Thätigkeit der verschiedenen Wagnervereine konnte im Sommer natürlich keine große sein, im Winter wird sie sich in Veranstaltung von Konzerten u. dergl. röhiger zeigen. Der Wiener Wagnerverein hat übrigens bereits die Summe von 60,000 fl. beisammen, die noch nicht hierher abgeführt sind. Was den Theaterbau selbst anlangt, so besteht das Gebäude selbst aus Fachwerk mit dazwischen gelegter Vermauerung. Nur zwei Thüren an der Borderfront werden massiv aus Stein gebaut, um darin das Wasser in die Reservoirs emporzuleiten, um es von da theils zu Scenerien, theils als Schutz bei Feuergefahren verwenden zu können. Um das nötige Wasser zu erhalten, wird unter Anderm auch im Innern des Theaters ein Brunnen gegraben.

## Ein Drama.

Über den plötzlichen Tod der kürzlich in Wien zur Erde bestatteten Sängerin, Fr. Lamberti, werden der „Dsch. Ztg.“ Einzelheiten mitgetheilt, welche einen wahrhaft dramatischen Charakter an sich tragen. Fräulein Lamberti, eine renommierte Schönheit, aufgangs Schauspielerin, den Wienern durch ein kurzes Engagement im Burgtheater und später durch ihre Vorstellung der Mohrenkönigin Aida in der Feerie „Schafzahl“ im Theater an der Wien bekannt, wendete sich erst in den letzten Jahren der Oper zu, ohne als Sängerin gerade bedeutende Erfolge zu erzielen. Sie stand eben im Begriffe, der Bühne zu entjagen und sich mit einem berühmten Maler, Herrn M., zu vermählen. Die Hochzeit sollte gegen den 20. September zu stattfinden, und ein elegantes, Fräulein Lamberti gehörendes Haus am Gründner See

die Kreise zu wahren Kommunalverbänden umzubinden, nicht nur das Besteuerungsrecht, sondern auch die statutarischen Befugnisse derselben aufs Äußerste beschränkt würden. Mindestens müßten dieselben etwa so normirt werden, wie dies in der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 für die Städte der sechs östlichen Provinzen geschehen sei. Regierungskomm. Geh. Rath Perius: Von einem Widerspruch gegen den Begriff der Selbstverwaltung kann gar nicht die Rede sein. Selbstverwaltung und Autonomie sind sehr verschiedene Dinge. Selbstverwaltung ist die Ordnung und Verwaltung der eigenen Kommunalangelegenheiten, Autonomie die selbständige Feststellung der Kreisverfassung. Nur in letzterer Beziehung will der Entwurf die Befugnisse der Kreise einschränken; die Selbstverwaltung bleibt davon völlig unberührt. Dagegen ist Prof. Bacharaias der Meinung, daß das jüngst statuendi den Kreisen allerdings in höherem Grade zusteht, als die Regierungsvorlage will. Dieselben dürfen in allen Fällen dispositiv Bestimmungen treffen, in denen es für nothwendig erachtet wird, das Gesetz zu ergänzen. Allerdings ist es wünschenswerth, um jeder Gefahr vorzubeugen, für das jüngst statuendi die landesherrliche Genehmigung vorzubehalten. Prof. Schulz ist gleichfalls gegen die Ansicht der Regierung, weil sie gar so wenig der Autonomie der Kreise, ihrem selbständigen, corporativen Leben Rechnung trägt. Das falle uns mehr auf, als nach den besten enden Gesetzen ähnlich wie nach der Gemeindeordnung vom 11. März 1850, den Städten und Landgemeinden, nicht wieder den Kreisen in den neuen Provinzen nach den Verordnungen von 1867 weit ausgedehntere autonome Befugnisse zugestanden und in dieser Beziehung die Vorlage ein entschiedener Rückschritt sei. Von Kleist-Nezo ist gleichfalls der Ansicht, daß es genügt, ein Gesetz herzustellen, das nur die normativen Bestimmungen enthalte, innerhalb deren den Kreisen ein größerer Spielraum gestattet sei, für ihre speziellen Bedürfnisse, welche sie am besten übersehen könnten, statutarische Bestimmungen zu treffen. v. Winter konstatiert, daß bisher noch keine Stadt von dem in der Städteordnung gewährleisteten Recht, ein Statut zu entwerfen, Gebrauch gemacht habe. Er ist gegen die Vorschläge der Kommission, weil die wesentlichen Bestimmungen eines Gesetzes durch statutarische Verordnungen illusorisch gemacht werden könnten. Auch läge die Gefahr nahe, daß auf diesem Wege der Zusammenhang zwischen den einzelnen Kreisverbänden gelockert werden könnte. Graf Eulenburg versteht nicht, was die Kommission mit „eigenthümlichen Einrichtungen und Verhältnissen eines Kreises“ sagen wolle; auch Reg.-Kom. Persius ruft diesen unklaren Ausdruck. Trotzdem wird § 21 in der Fassung der Kommission angenommen.

§ 23. (Wahl der Gemeindevorsteher und Schöffen) wird in Verbindung mit den §§ 36—46, welche von der mit dem Besitz gewisser Grundstücke verbundenen Berechtigung und Verpflichtung zur Verwaltung des Schulzamtes handeln, diskutirt. Während die Regierungsvorlage die Gemeindevorsteher und Schöffen aus der Wahl der Gemeindevorstellung mit absoluter Stimmenmehrheit hervorgehen und die Wahlen nach näherer Vorchrift des dem Gesetz beigefügten Wahlreglements erfolgen läßt, lautet § 25 in der Fassung der Kommission: „Die Schöffen, desgleichen, wo das Schulzen-Richter-Amt nicht mit dem Besitz gewisser Grundstücke verbunden ist, der Gemeindevorsteher werden von der Gemeindeversammlung, beziehungsweise der Gemeindevertretung aus der Zahl der stimmberechtigten Gemeindemitglieder durch absolute Stimmenmehrheit gewählt. Die Wahlen erfolgen nach näherer Vorchrift eines von dem Minister des Innern zu erlassenden Wahlreglements.“

§ 36 der Kommission lautet im Gegensatz zur Regierungsvorlage, welche die mit dem Besitz gewisser Grundstücke verbundene Berechtigung und Verpflichtung zur Verwaltung des Schulzamtes aufhebt, folgendermaßen: „Den Landgemeinden, in welchen Lehns- oder Erbschulzgüter befindlich sind, steht die Befreiung darüber zu, ob die mit diesen Gütern verbundene Berechtigung und Verpflichtung zur Verwaltung des Schulzen-Richter-Amts fortbestehen oder aufgehoben werden soll. Besieht die Gemeinde, daß dieses Verhältniß fortbestehen soll, so behält es dabei nach Maßgabe der gegenwärtig geltenden Vorchriften, vorbehaltlich der Bestimmung des § 46, sein Bewenden, bis die Gemeinde etwa einen anderen Beichlitz faßt. Besieht die Gemeinde, daß das Verhältniß aufgehoben werden soll, so führt in Ermangelung einer anderweitigen Einigung mit den Schulzengutsbesitzern, die nachstehenden Vorchriften (§§ 37 bis 45) Anwendung“. Diese Vorchriften sind genau dieselben, welche die Regierungsvorlage nach Aufhebung der Lehns- und Erbschulzgüter in Bezug auf das Auseinandersetzungsvorfahren u. s. w. mit der Gemeinde festsetzt. Eine neue Einschaltung der Kommission ist nun § 46, welcher lautet: „Der Erb- und Lehnschulzgutsbesitzer bedarf zur Übernahme des Amtes der Verwaltung durch den Landrat nach Anhörung des Amtsverwalters. Die Bestätigung kann nach Anhörung des Kreisausschusses verlangt werden. Wird die Bestätigung verlangt, so ernennt der Landrat auf Kosten des Schulzengutsbesitzers einen Stellvertreter auf so lange, bis der Besitzer die Bestätigung erlangt hat.“ — Abg. Baumstark beantragt, den § 23 in der Fassung der Regierung wiederherzustellen.

Referent v. Kröcher: Die Kommission hat ein großes Gewicht auf Beibehaltung der Lehnschulzen gelegt; wenn sie auch den Wunsch (Fortsetzung in der Beilage).

war für die momentane Aufnahme des jungen Chepaares bereits hergerichtet. Den Winter wollte es in Italien verleben. Gegen Mitte September kehrte Herr M. von einer Studienreise zurück, fand seine Braut wohl etwas leidend, aber frohen Muthes und ganz erfüllt von dem für die nächste Zeit bevorstehenden Ereignisse. Wenige Tage vor der Hochzeit besuchte eines Nachmittags Herr M. seine Braut, welche er am Schreibstube fand, damit beschäftigt, ein Telegramm an eine ihrer verwandten Person in London zu konzipiren. — „Gut, daß sie kommt, M.“, empfing sie ihren Bräutigam, „Sie können mir helfen, alles das, was ich zu sagen habe, in zwanzig Worte zu zwängen!“ Und sie stand auf, begrüßte Herrn M., umarmte ihn und führte ihn, mit einem Arm umschlungen, zum Schreibstube. M. nahm die Feder zur Hand und seine Braut ging, die Worte des Telegramms diffusend, im Zimmer langsam auf und ab. Zum Schlusse sagte sie: „Sagen Sie noch bei: „Ich bin unwohl!“ — „Ist das durchaus nötig?“ fragte Herr M. „Ich fürchte, wir werden die zwanzig Worte überschreiten.“ — „Thut nichts, thut nichts,“ sagte Fräulein Lamberti, schreibt Sie nur: „Ich bin unwohl!“ oder,“ fügte sie mit schwächer werdender Stimme bei — schreibe Sie lieber: „Ich bin sehr frank!“ Herr M. wendete auf diese Worte hin den Kopf, sah seine Braut todtenbleich und mit einem gräßlich starren Ausdruck im Auge vor sich stehen, dann schwanken und plötzlich mit tiefem, schmerzlichen Seufzer zusammenbrechen. Entsetzt fing er sie auf, trug sie aufs Ruhebett und stützte, wie wahnhaft nach Hilfe rufend, ins Bett. So rasch auch ein im selben Hause wohnender Arzt herbeilte, seine Hilfeleistung war vergebens. Wenige Minuten später war Fräulein Lamberti eine Leiche!

## Karikaturen vom Jahre 1870—1871.

Die Herren Dullan, Inhaber einer Londoner Buchhandlung, haben sämmtliche in Paris während des deutsch-französischen Krieges veröffentlichten Karikaturen in sechs Bände gesammelt. Der erste Band enthält die Karikaturen aus der Periode von der Kriegsgefecht bis zum Ende des Monats August; der zweite betrifft die Zeit von Sedan bis zur Übergabe von Metz; der dritte die vom Halle von Metz bis zur Märzrevolution; der vierte die Herrschaft der Kommune, der fünfte und sechste Band beziehen sich auf italienische Verhältnisse und enthalten auch Sätze auf die Deutschen nach dem Sturz der Kommune. Die ganze Sammlung umfaßt ungefähr 1800—2000 Karikaturen. Eine Kopie ist vom Fürsten Bismarck, eine zweite vom britischen Museum angekauft worden, und eine dritte befindet sich im Besitz der Sammler.

## Tagesübersicht.

Posen, 28. Oktober.

Die Verstimmung über das Schicksal der Kreisordnung beherrscht heut das politische Leben. Selbst die sonst so gemäßigte „Sp. Ztg.“ sieht einen neuen Staatskonflikt hereinbrechen, und wenn sie auch ihre Vorwürfe mehr gegen die Fraktion des Herrn von Kleist-Retzow als gegen die Regierung richtet, so fadelt doch auch sie die „Kraftlosigkeit, mit welcher die Vertreter der Regierung in dieser ernstesten aller Fragen aufgetreten sind.“ Von Bismarck ganz zu schweigen, muß es doch auffallen, daß die Minister v. Izenplitz, von Roon bei einer wichtigen Abstimmung fehlten und daß einer der jüngsten Pairs Graf Moltke sogar für die Kommission stimmte. Soll man sich da wundern, wenn die „neue Fraktion“ erfahren und die Feudalen voll Übermuth sind? Diese Lässigkeit der Regierung ist eben so unbegreiflich wie die Unkenntnis der Regierung über die wahre Stimmung im Hause; und sie wird sich nicht wundern dürfen, wenn der Verdacht entsteht, daß sie nur deshalb so viel Vertrauen herausgekehrt habe, um damit ihre mangelhaften Anstrengungen zu rechtfertigen.

Da waren die Feudalen thätiger, sie trommelten alle ihre Männer zusammen und schenken sich nicht mit Polen und Ultramontanen zu paikten. Daß diese Herren gegen die Kreisordnung stimmen, zeigt so recht den Werth dieses Reformgesetzes für die Entwicklung des preußischen Staates. Es handelt sich darum, die Voraussetzungen für ein Schulreorganisations- und ein Zivilehegesetz zu schaffen.

Die allgemeine Frage lautet nun: „Was wird die Regierung thun?“ Allenthalben ist man der Ansicht, daß die jetzige Session des Abgeordnetenhauses so schnell als möglich zu schließen und zur selben Stunde die neue Session zu eröffnen wäre, da der Zweck, die Kreisordnung in dieser Session zu Stande zu bringen, durch die Vertragung nicht erreicht wurde und die „Kontinuität“ weiter keinen Sinn hat. Dem Abgeordnetenhaus müßte dann alsbald nochmals die Kreisordnung zugehen und wäre es auch in der Form des Entwurfs der „neuen Fraktion.“

Die schleswigsche Frage bleibt auf der Tagesordnung, denn offenbar werden sowohl von der deutschen, wie von der dänischen Partei große Anstrengungen gemacht, um den Artikel 5 des Prager Friedensvertrages aus der Welt zu schaffen und das Provisorium zu beseitigen. Eine deutsche Deputation aus Nordschleswig, bestehend aus den Herren Rektor Dr. Döring, Auditeur Bruhn (Sonderburg) und Ziegeleibesitzer Matzen-Iller, waren vor etwa 8 Tagen in Berlin, um dem Präsidenten Delbrück, dem Vertreter des Auswärtigen, Herrn Balan und dem Minister Eulenburg die Nachtheile klar zu machen, welche aus dem Provisorium, das die Wühleren begünstigt, entspringen und um Beseitigung des Artikel 5 zu bitten. Auch sollen die kommittierten Herren sich dahin ausgesprochen haben, daß die Abmachungen der deutsch-dänischen internationalen Kommission in Betreff der Rückkehr der nach Dänemark entwichenen Militärschlichtigen unter den Deutschen in Nordschleswig im Allgemeinen ungünstig aufgenommen seien. Wie die „Flensb. N.“ schreiben, sollen die Deputirten mit dem Resultat ihrer Sendung sehr zufrieden heimgekehrt sein. Jedenfalls haben sie mehr ausgerichtet, als die beiden dänischen Agenten, welche sich nach einer Korrespondenz der „Elb. B.“ in den Berliner Gesandtenhotels seit einigen Tagen herumtreiben sollen.

Die Papstkirche liegt jetzt mit aller Welt in Fehde. Wir übergehen heut die vielen „Hirten“- und „Heerde“- und „Leithammelbriefe“, welche in Deutschland produziert werden und wollen nur auf einen Vorgang in Belgien hinweisen. Die Klerikalen wollen dort die organisierten Kadres der streitenden Kirche, die katholischen Kongregationen, Vereine u. s. w. zu einer Kundgebung selbstsamer Art, nämlich zu einem Protest gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht benutzen. Es verlohnnte sich vielleicht der Mühe, zu untersuchen, welches Interesse die Klerikalen gegen die Erstärkung Belgiens haben mögen.

Die fast ganz Europa in Anspruch nehmende Frage der Beziehungen zwischen Staat und Kirche hat bekanntlich auch Portugal nicht unberührt gelassen. Wie Lissaboner Journale mittheilen, beabsichtigt der dortige Justizminister bei den Cortes einer Gesetzentwurf über die Dotationen des Klerus einzubringen, welcher von folgenden Gesichtspunkten ausgehen soll: Reduktion der Zahl der Diözesen, Aufhebung derjenigen Klöster, welche nicht die vorschriftsmäßige Anzahl von Insassen haben und derartige Verminderung der übrigen, daß für jede Diözese fortan höchstens ein Kloster bestehen bleibt. Die aus den Einkünften der aufgehobenen Klöster zu erzielenden Einnahmen würden dem Klerus zu Gute kommen.

In den spanischen Cortes vergeht kaum eine Session, wo nicht irgend ein Iberischer Patriot Unterhandlungen mit England wegen Rückgabe Gibraltar's an Spanien in Anregung bringt. Natürlich wird England auf dieses Ansehen, so lange Gibraltar der uneinnehmbare Felsen bleibt, der es jetzt ist, nicht eingehen. Indes empfehlen die „Times“, in dieser Beziehung wenigstens in einem Punkte den guten Willen Englands zu zeigen. Gibraltar, sagt das Blatt, ist nicht allein eine starke Festung, eine Wacht an der Mündung des Mittelmeers, es ist auch eine Schmuggelstation, welche nur einen armeligen Gewinn abwirft für Spanien, aber verdächtlich und kostspielig ist. Zur Prüfung des Gesetzentwurfs auf Abschaffung der Todesstrafe für politische Verbrechen haben die Bureaux des Kongresses trotz der entgegengesetzten Erklärungen des Ministerpräsidenten eine Kommission niedergefestzt, welche im Allgemeinen dieser Vorlage günstig gestimmt ist. So berichtet der Telegraph. Nach anderen Nachrichten hätte der Kongress sich im Sinne des Ministeriums entschieden und mit 59 gegen 58 Stimmen die Abschaffung der Todesstrafe abgelehnt. Auch der Senat ist nun mit der Antwort-Adresse auf die Thronrede fertig; sie wurde nach einer zusammenfassenden Rede des Ministers des Auswärtigen mit 75 gegen 19 Stimmen angenommen. Es handelt sich nun darum, die Finanzen des Königreichs zu ordnen, und die Aufnahme, welche die Steuervorschläge der Regierung in den Cortes finden, dürfte über das Schicksal des radikal Ministeriums entscheiden. Der Bundetausschuss hat den Antrag, eine Steuer von 5 p.C. auf Eisenbahn-Aktien und Obligationen zu legen, verworfen. Die Steuer von 10 p.C. auf die Fahrkarten wurde im Prinzip genehmigt. Die Frage über die einprozentige Besteuerung von Erbschaften in direkter Linie wurde vorläufig unentschieden gelassen, indem die Kommission vorerst alle anderen Einnahmen in Betrag ziehen will, um das Gleichgewicht im Budget herzustellen.

Aus Konstantinopel wird Wiener Blättern gemeldet, daß der Sultan dem ehemaligen Groß-Vizir Mahmud Pascha die Zahlung der hunderttausend Pfund Sterling erlassen habe, zu deren Restituirung an den Staatskasten derselbe bekanntlich verurtheilt worden war. Es

wird nicht an Leuten fehlen, welche in diesem Amt ein neues Anzeichen für die Rückberufung Mahmud Pascha's an die Spitze der türkischen Staatsverwaltung erblicken wollen.

In der amerikanischen Presse ist das Ergebnis der jüngst in den Vereinigten Staaten stattgehabten Wahlen noch immer Gegenstand vieler Betrachtungen. Namentlich sind es die eklatanten Siege der Republikaner in Pennsylvania, welche zur Hoffnung auf große Majoritäten bei der im November stattfindenden Präsidentenwahl berechtigen. Man erwartet aus den Staaten Pennsylvania, Ohio, Indiana und Nebraska eine Majorität von wenigstens 100,000 Stimmen für Grant, welche durch den für Amerika so erfreulichen Ausgang der San Juan-Frage vielleicht noch eine weitere Verstärkung erfahren werden. Der Wahlkampf war in Pennsylvania am heftigsten und hatte dort zuletzt eine selbst in Amerika seltene Erbitterung erreicht; allerdings ist auch dieser Staat wegen seiner geographischen Lage, merkantilen Wichtigkeit und politischen Bedeutung von entscheidendem Einfluß für die Novemberwahlen. Das Resultat hat auch bereits seine Folgen. Der Spruch Pennsylvaniens hat schon eine große Anzahl unentschiedener Individuen und Staaten zu Grant's Partei getrieben und wird es wahrscheinlich in letzter Stunde noch mehr thun, so daß der gegenwärtige Präsident, wenn nicht alle Anzeichen trügen, nicht nur mit einer Majorität, sondern mit einer ganz bedeutenden Majorität als Sieger aus dem großen Kampfe hervorgehen wird. Wie die Sachen jetzt liegen, darf Grant auf 20 Staaten und 198 Stimmen (von den 37 Staaten mit zusammen 366 Stimmen) ganz sicher rechnen. Wie der Ausfall der Wahlen in 10 Staaten, die über 99 Stimmen verfügen, sein wird, ist noch nicht zu übersehen, doch hat Grant in diesen mehr Aussichten auf Erfolg als Greeley, dem nur 7 Staaten mit 69 Stimmen sicher sind. Dabei fragt es sich noch, ob nicht in Delaware und Missouri, deren 18 Stimmen als sicher für Greeley hier mitgerechnet sind, die entschiedenen Demokraten, die gegen Greeley stimmen, denselben eine Niederlage bereiten werden.

Nan muß der politischen Bildung und dem besonnenen Urtheile der Engländer die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß man keine andere Aufnahme des kaiserlichen Schiedspruches in der San-Juan-Angelegenheit von ihr erwarten dürfte, als die, welche sich in den öffentlichen Blättern kundgibt. Während amerikanische Zeitungen auf alberne Gerüchte hin ihrer Schimpflust freien Lauf ließen, wird in England der die britischen Ansprüche verwerfenden Entscheidung des Deutschen Kaisers die gebührende Achtung entgegengebracht. „Wir können das Ergebnis nicht mit Gleichgültigkeit betrachten,“ äußert die „Times“, „auch können wir nicht sagen, daß wir es erwartet und vorausgesessen hätten, aber es ist das Wesen einer schiedsgerichtlichen Verhandlung, daß die streitenden Parteien sich dem wohlüberlegten Aussprache des Schiedsrichters beugen, in dessen Entscheidung sie die Streitfrage gestellt haben; und wir werden nicht jögern, das Urtheil des Kaisers mit rücksichtloser Unterwerfung entgegenzunehmen.“ Gegen die amerikanische Verdächtigung, daß England in Berlin eine Hof-Intrigue angezettelt habe, wendet sich die „Times“ mit scharfen Worten; sie erklärt die entweder gemeine oder alberne Anklage aus der Demoralisation, welche eine Folge der Kämpfe der Präsidentschaftswahl sei. Wenn frühere und jetzige Präsidenten, Minister, Richter, Senatoren, Beamte aller Grade des Betrugs, Unterschleiß, Amtsmissbrauchs angestellt werden, so sei es wohl begreiflich, daß man sich noch weniger daraus mache, Staatsmännern anderer Länder Intrigen in die Schuhe zu schieben.

Für das auf dieser Seite Folgende übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortlichkeit.

## Ausgezeichnete Erfolge, durch ärztliche Hand bei Hämorrhoidalleiden bewährt.

An den Kgl. Hoflieferanten Hrn. Johann Hoff in Berlin.  
Ich habe Ihre Malz-Präparate schon öfters mit ausgezeichnetem Erfolge angewendet und erfuhr jetzt für einen meiner Patienten 2 Pfund Malz-Gefundheits-Chokolade zu senden. J. Singer, prakt. und Gerichtsarzt in Kettu.

**Verkaufsstellen in Posen:** General-Depot und Haupt-Niederlage bei Gebr. Plessner, Markt 91; Frey & Co., Breslauerstraße 38 und Wilhelmstraße 6; in Neutomysl Herr A. Hoffbauer; in Bentschen Herr E. Mansard; A. Jaeger, Konditor in Grätz; in Schrimm die Herren Cassirer & Co.; in Schröda Herr Fischel Baum; in Wongrowitz Herr Herrm. Ziegel; in Pleschen: L. Zboralski.

## General-Versammlung des Vereins zur Wahrung kaufmännischer und gewerblicher Interessen

Dienstag den 29. October a. c. Abends 1/2 Uhr,  
im Saale des Herrn Lambert.

### Tagesordnung:

- 1) Berichterstattung des Vorsitzenden.
- 2) Kassenbericht.
- 3) Wahl des Vorstandes und der Rechtscommission.
- 4) Diverses.

### Der Vorstand.

## Gewinn-Liste der 4. Klasse 146. k. preuß. Klassen-Lotterie. (Nur die Gewinne über 70 Thlr. sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 26. Oktober. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

4 88 (100) 189 (500) 301 6 97 566 72 85 623 58 89 710 18 21	46. 8032 79 84 (200) 112 (500) 28 69 241 49 70 (1000) 334 48
65 (100) 78 958 (500). 1082 153 (100) 99 356 60 (100) 85 409	(100) 70 88 435 94 96 512 24 86 93 621 (200) 92 804 23 50 907.
66 559 602 73 721 69 70 885 95 999. 2006 (100) 36 (500) 105 42	9006 58 77 81 97 112 52 (100) 95 215 33 428 30 45 545 57 62 604
83 88 218 49 (200) 363 (100) 94 441 65 69 563 93 608 840 74	27 (100) 728 99 898 (1000) 918 (200) 22.
(200) 83 912 34 41 87. 3065 127 204 53 79 393 405 502 (100) 34	10. 1006 88 (1000) 94 (200) 169 (100) 95 213 328 425 572
69 90 605 44 (500) 752 56 59 97 (500) 806 51 (1000) 59 943	81 83 (1000) 95 682 (100) 757 65 68 79 80 916 26 98. 11,034 41
(100) 73 (100). 4002 48 58 63 73 80 81 134 37 (1000) 43 93 255	48 55 97 209 (500) 72 95 305 550 51 736 821 29 907 10 32. 12,025
366 98 458 500 26 29 (200) 40 70 93 (100) 97 706 847 909 18 66	63 75 115 29 35 50 209 40 46 73 (200) 303 (100) 58 92 (500)
(200) 5016 156 77 224 27 83 322 52 (100) 69 (500) 83 (1000)	416 (100) 59 66 71 97 574 654 744 89 805 29 64 78 942 64. 13,057
408 515 67 606 (200) 821 52 69 (1000) 926. 6023 33 48 68 283	(1000) 75 152 300 (100) 47 99 (100) 438 55 97 (200) 504 615
95 (1000) 456 87 590 (100) 92 687 774 (200) 850 900. 7008 72	217 81 341 487 94 506 31 62 76 84 627 55 (100) 68 95 716 50 813
123 (200) 66 211 (100) 71 87 (100) 352 77 443 (100) 53 60	(200) 30 85 92 901 63 73. 15,077 146 51 200 21 78 83 (100) 305
(100) 91 532 37 46 638 49 84 785 825 39 40 43 (200) 57 59 79 908	51 (500) 185 91 231 33 (100) 334 39 484 508 11 24 36 (1000) 626
928 64. 20,050 119 69 (500) 246 392 400 38 64 703 803 80 906. 21,007	42 79 (1000) 83 770 868 95 933 61 (100) 63 (100) 69 82. 17,098
64 117 50 70 83 265 (500) 95 359 (500) 81 (500) 462 74 563 (200) 72	18,129 (200) 30 232 68 305 8 54 (200) 58 63 537 86 638 78 713
690 779 834 37 53 64 955. 22,047 84 (100) 96 113 26 36 91 202 68	825 86 93 985. 19,051 58 100 68 235 60 427 69 691 721 852 62
316 59 403 77 86 510 (500) 34 57 724 44 90 821 79 52 98 969 84.	928 64.
23,008 35 96 117 94 344 74 85 413 62 22 54 (100) 58 511 74 747 75 832	20,050 119 69 (500) 246 392 400 38 64 703 803 80 906. 21,007
71 75 91 (1000) 95 956 60. 24,103 81 250 338 475 524 646 (200) 822	64 117 50 70 83 265 (500) 95 359 (500) 81 (500) 462 74 563 (200) 72
52 65 903 36. 25,019 44 49 (200) 54 73 75 99 175 87 (500) 267 (1000)	690 779 834 37 53 64 955. 22,047 84 (100) 96 113 26 36 91 202 68
379 444 52 55 (200) 544 56 63 83 610 31 71 833 48 67 901 86 99.	48 55 97 209 (500) 72 95 305 550 51 736 821 29 907 10 32. 12,025
40,005 77 (1000) 127 245 (1000) 48 (100) 74 87 31 72 30 (500)	26,102 78 298 338 67 (100) 72 472 567 677 (100) 71 (200) 727 41 (100)
56 60 70 579 649 79 97 773 874 85 906 57 (200) 76. 41,086 102	72 81 (100) 96 850. 27,017 31 71 (100) 75 143 76 (100) 312 19 41 51
368 (200) 79 419 91 652 73 763 97 806 22 926 97 99. 32,039	73 530 33 35 62 660 96 842 91 98 (500) 956 80 (100) 84. 28,018 69
48 115 64 75 77 (100) 229 62 86 452 67 568	

der Gemeinden, ihre Schulzen zu wählen, für berechtigt hält. Allein hierzu sind die provinzialen Verhältnisse wenigstens bis jetzt nicht die ordnet genug. Außerdem haben manche Gemeinden noch nicht die Reife, um ihnen eine unparteiische und sachgemäße Wahl zuzutrauen. Es ist jedenfalls das Ersprechlichste, wenn die Ortsobrigkeit nach Anhörung der Gemeinde den Schulzen wählt.

**Dr. Zachariae:** Bei der Frage, ob die mit dem Besitz verbundenen Schulzämter aufgehoben werden sollen, handelt es sich um wichtige Staatsprinzipien. Von dem Besitz allein soll die Ausübung eines so wichtigen Amtes abhängig sein. Hierin liegt ein großer Widerspruch mit dem Begriff „Amt“. Die nächste Bedingung zur Übernahme eines Amtes ist doch die Fähigkeit dazu. Und nun noch der Umstand, daß sich das Amt mit dem Besitz auf die Nachfolger vererbt. Wo die Gemeinden die Autonomie haben, mögen den Besitzer an ihrem Schulzen wählen. Das auf Besitz basirende Schulzenamt passt nicht mehr für unsere Zeit.

**Graf Brühl:** polemisiert zunächst gegen die Persönlichkeit der „Nord-Alte. Ztg.“, die ihm Worte in dem Mund gelegt, welche er nie gesagt habe und wünscht das Lehnschulzenamt erhalten, weil die gewählte Obrigkeit zum größten Theil eine sehr schwache sein wird. Es ist unpraktisch und gewagt, die Wahl den Gemeinden zu überlassen. Dies ist ein Gelächter an die Gemeinden, welches ihnen nur zum Nachtheil gereichen wird.

**Professor Dr. Baumstark:** Es ist mir unklar, warum die Wahlen nach einem von dem Minister des Innern zu erlassenden Wahlreglement erfolgen sollen, ein derartiges Verlangen hat nicht einmal die Regierung gestellt. Dies ist nicht zu vereinen mit einer geistlichen Entwicklung der angebauten Verhältnisse. Das Wahlreglement muß eine Zugabe zu dem Gesetz sein, und kann nur durch das Gesetz abgeändert werden. Das Lehns- und Erbschulzenwesen labort an denselben Mängeln, wie die Patrimonial-Polizei. Bei dem Ersteren kommt noch hinzu, nicht bloss daß die Qualität angeboren oder ererbt wird, sondern daß man sie sogar kaufen kann. Und doch kann man die Fähigung, wenn sie nicht angeboren ist, unmöglich kaufen. Hierin liegen viele und mannigfaltige Gefahren für das Gemeinwohl. Das Lehns- und Erbschulzenwesen wird nicht bloss gefädelt, sondern auch und in mancher Beziehung vielleicht mit Recht gelöst. Hier basirt das Urteil meistens auf die gemachten Erfahrungen. Ich gebe zu, daß es gut ist, die Söhne und Enkel für den künftigen Beauftragten vorzubereiten und heranzubilden. Allein das Institut steht einmal in Widerspruch mit unseren gesetzlichen verfassungsmäßigen Bestimmungen; es ist und bleibt nur eine Ausnahme innerhalb der großen Regel. Jedenfalls erreichen wir das, daß bei einer freien Wahl das bis jetzt übliche despotische tyrannische Welen wesentlich beschränkt werden wird.

**v. Senfft-Pilsach:** Das Schulzen-Institut ist von der größten Wichtigkeit, und wie ich aus Erfahrung weiß, weithin vorzüglich befreit und hat sich bis jetzt gut bewährt. Bei solchen Zuständen trage ich großes Bedenken, die selben umzuführen. Ich bin daher gegen die Wahl der Schulzen. Fragen wir uns, wer sind denn die Wähler, namentlich in Gemeinden, wo es nur abhängige Leute giebt. Wir kennen die Bescheidenheiten, welche hierin in den einzelnen Provinzen herrschen und es ist daher unmöglich, ein Gesetz für Alle zu schaffen. Außerdem schadet die Wahl unbedingt der Autorität.

**Oberbürgermeister v. Winter Danzig:** Die Wahl schadet nicht, wie Herr v. Senfft-Pilsach sagt, der Autorität des Schulzen. Unsere Autorität, z. B. als Bürgermeister, wächst jedesmal mit der Wahl. Ich bin für absolute Rechte der Lehns- und Schulzämter. Meine Bedenken gegen Beibehaltung dieses Institutes sind noch viel erheblicher, als gegen das Bestehen der gütstümlichen Polizei. Ich habe in meiner Praxis dieses Institut als ein sehr ungünstiges kennengelernt. Ich habe gefunden, daß diese Lehns- resp. Schulzengüter noch mehr Gegenstände des Kaufes sind, als Rittergüter. Sie werden gekauft oft von rezipitablen Personen, die da glauben, das Gut wegen der auf ihm ruhenden Last billiger zu erwerben. Gerade in den größten Gemeinden, wo Lehnschulzen angefesselt sind, finden Sie den meisten Hader zwischen ihnen und den Gemeinden. Der Kommissionsvorschlag will die Aufhebung von der Bestimmung der Gemeinden abhängig machen, allein im Interesse des Friedens und der ordnungsmäßigen Verwaltung der Gemeinden verhindern Sie diesen gefährlichen Weg. Dem Herrn v. Senfft-Pilsach auf die Frage: ob die Autorität der Bürgermeister auch dann andauere, wenn sie bei der Wiederwahl nicht wiedergewählt würden, erwidert Herr v. Winter: „Die nicht wieder gewählten brauchen ja keine Autorität.“ (Heiterkeit.)

**v. Kleist-Rosow:** Das Wahl-Reglement des Professors Baumstark passt nicht auf die einfachen Verhältnisse der Gemeinden. Dem Minister des Innern muß die Befugnis übertragen werden, ein derartiges Wahlreglement zu erlassen. Es durch Gesetz festzustellen, ist unpraktisch. Im Interesse der Gemeinden liegt es, um Ersteren vor Überhöhung zu bewahren. Dies ist für uns das Entscheidende; das Fortbestehen dieses Instituts widerspricht leinensis der Verfassung, denn absichtlich ist aus derselben die Bestimmung, daß Privilegien nicht mit dem Besitz verbunden sein sollen, herausgekommen. Wenn die Autonomie der Gemeinde das Wahlrecht giebt, so müssen wir weiter gehen, indem wir der Gemeinde das Recht überlassen, ob sie das Verhältnis bestehen lassen will oder nicht. Bei großen Gemeinden reicht Städten haben derartige Wahlen weniger Bedeutung, weil hier leicht die niedrige Persönlichkeit herauszufinden ist. Anders bei kleinen Städten und kleinen Gemeinden. Ob die Autorität bis zur Wiederwahl dauern wird, das ist eine andere Frage. Ich möchte wohl einen Bürgermeister kennen lernen, der nicht, aus Furcht, nicht wieder gewählt zu werden, sich zu Koncessionsverträgen, die er sonst mit seinem Gewissen für unvereinbar hielte. v. Winter erlaubt sich darauf, Herrn v. Kleist in seiner Person einen derartigen Bürgermeister vorzustellen. (Große Heiterkeit.)

Nachdem der Regierungskommissar Persius sich für Ablehnung des Kommissionsvorschlags und für Annahme des Baumstarkschen Antrages ausgesprochen, der Referent dagegen die Annahme des Kommissionsschlusses empfohlen, spricht:

**Minister des Innern Graf Eulenburg:** Die Regierung muß die Vorschläge der Kommission geradezu für inakzeptabel erklären. Das Aufrechterhalten der Lehnschulzen, auch nur theilweise, ist ein solcher Rück in das System des Gesetzes selbst, daß es mit demselben völlig unvereinbar erscheint. Nach dem Gesetz soll die obrigkeitliche Gewalt ein Ausdruck der Staatsgewalt sein. In Folge dessen ist in dem Gesetz den Gutsbesitzern die obrigkeitliche Gewalt genommen worden. Welcher Unterschied nun in dieser Rücksicht zwischen Rittergutsbesitzern und Lehnschulzenbesitzern existiren soll, ist weder mir ersichtlich, noch von irgend einem der Vertreter der Kommissionsvorschläge auch nur angedeutet worden. Eine solche gegen das Prinzip des Gesetzes selbst verstörende Konsequenz kann doch unmöglich in das Gesetz aufgenommen werden. Man beruft sich als Hauptmoment für die nur theilweise Aufhebung nur darauf, daß eine Menge Lehnschulzen ihr Amt vorzüglich verwalten. Aber mit demselben Recht kann man ja behaupten: Viele der jetzt als Polizeihaber fungirenden Rittergutsbesitzer verwalten ja auch ihr Amt sehr gut und zur Zufriedenheit der Gemeinden, trotzdem wird es doch Niemandem einfallen, zu sagen: wir haben das Institut der Gutspolizei als solches auf, gestatten aber da, wo das Institut nach der Ansicht der Gemeinden und Kreise vortrefflich verwaltet wird, es beizubehalten. Ich wiederhole, die theilweise Aufhebung des Lehnschulzenamtes widerspricht so sehr dem System des ganzen Gesetzes in Bezug auf die Ausübung der obrigkeitlichen Gewalt, daß die Regierung den ernstesten Einspruch dagegen erhebt.

**v. Kleist-Rosow:** Daß dieser Vorschlag der Kommission dem Herrn Minister unannehmbar erscheint, bestreite ich gar nicht. Ich glaube, dasselbe wird wohl auch bei den bisher vom Hause angenommenen Beschlüssen schon hie und da der Fall gewesen sein, und ich hoffe, und rechte darauf, daß wir noch recht viel Beschlüsse fassen werden, welche nach der Meinung des Herrn Ministers unannehmbar sein werden. Es wird sich ja dann nachher zeigen, wie die Regierung zu dem ganzen Gesetze steht, wenn erst das ganze Gesetz in seinem Zusammenhang vorliegt.

In nameiner Abstimmung wird hierauf das Ammentum Baumstark mit 72 gegen 61 Stimmen abgelehnt und die §§ 23 und 36 in der Fassung der Kommission angenommen.

Dasselbe geschieht mit den folgenden Paragraphen bis auf § 46, dessen Beratung ausgesetzt wird bis zur Beratung derjenigen Paragraphen, die von der Bestätigung der Gemeindebeamten durch die Regierung überhaupt handeln.

§ 26 handelt von der Verpflichtung zur Übernahme von Gemeindeämtern und den Folgen einer ungerechtfertigten Ablehnung. Während die Regierungsvorlage die betreffenden Bestimmungen von den Kreisämtern einfach auf die Gemeindeämter überträgt, will die Kommission die bei den Kreisämtern vom Hause abgelehnte Geldstrafe bei den Gemeindeämtern so weit zulassen, daß der ohne Entschuldigung Ablehnende für drei bis sechs Jahre um ein Achtel bis ein Viertel stärker, als die übrigen Gemeindeangehörigen zu den Gemeindeabgaben herangezogen werden können. Der Paragraph wird in dieser Fassung angenommen.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Fortsetzung der Debatte.)

### Parlamentarische Nachrichten.

\* Den Mitgliedern des Landtags sind die „Altenstücke“, betreffend die Stellung des Bischofs von Ermland, Dr. Kremens, zu den Staatsgefeßen“, im Druck zugegangen. Da die Altenstücke sämtlich bereits ihrem Wortlaut nach in der Presse veröffentlicht sind (mit einziger Ausnahme eines kurzen Schreibens des Fürsten Bischof vom 23. September, worin der Erste den Bischof an den Justizminister verweist), so ist es überflüssig, eine ausführliche Analyse der umfangreichen Sammlung zu geben.

### Lokales und Provinzielles.

Posen, 28. Oktober.

— Unsere Nachricht, daß über den Gebrauch der polnischen Sprache in den Elementarschulen für die Provinz Posen eine ähnliche Versetzung wie für den Regierungsbezirk Oppeln zu erwarten sei, veranlaßt den „Dziennik Poznański“, in einem Leitartikel diese Maßregel zu bekämpfen. Einen irgendwie stichhaltigen Grund vermag das polnische Blatt für seine Ansicht, daß die deutsche Sprache beim Unterricht in den zumeist von polnischen Kindern besuchten Schulen unzulässig sei, nicht anzuführen, noch weniger einen rechtlichen Anspruch dafür aufzuweisen, obwohl es bis auf die Wiener Verträge zurückgeht, welche längst und zwar zunächst von den Franzosen, den „Freunden Polen“ zerissen wurden und niemals mit den Polen geschlossen worden sind. Nicht naiv hört es sich an, wenn der „Dziennik“, welcher mit dem Begriffe „Volkbildung“ den gräulichsten Missbrauch getrieben, indem er politische Agitationen mit dieser Aufschrift verdeckte, die morgen zusammentretenden Konferenzen auf das pädagogische Urtheil aufmerksam macht, daß die Schule im Dienst der Bildung, nicht der Politik stehen müsse. Wir glauben, daß die deutsche Schule mehr als die polnische der Volksbildung dienen wird, ein ultramontaner und deutschenfeindlicher Geist dürfte sich aber schwerlich in den Elementarschulen halten können; und diese negative Wirkung ist der einzige „politische“ Zweck der Maßregel. Dieses Ziel erstreben alle Diejenigen, welche ernstlich die Versöhnung der beiden Nationalitäten hier zu Lande wünschen.

— **Personal-Veränderungen in der Armee.** Berger, Oberst von der Armee und Direktor der Ober-Militär-Examinations-Kommission für die Kriegsschulen, Kr. Rietbergkoff am Scheffel Major und etatsmäßiger Stabschef beim Kadettenbaue zu Berlin, zum Mitgliede der Studien-Kommission des Kadettencorps ernannt. Kruska, Sek.-Lt. vom 1. Niederschl. Inf. Regt. Nr. 46, zur Dienstleistung bei der Gewehrfabrik in Erfurt kommandiert. v. Chauvin, Gen. Major à la suite der Armee etc., in Genehmigung seines Abschiedsgesuches zur Disp. gestellt.

— **Der Männergesangverein** hielt am 21. d. M. seine jährliche Generalversammlung. Auf der Tagesordnung stand die Revision und Abänderung des Statuts, die nach dem Tode des früheren Dirigenten des Vereins, Mühlendorff Vogt, durchaus notwendig geworden war. Der Vorstand hatte daher in Folge eines Antrages von mehr als hundert Mitgliedern eine Kommission ernannt, welche aus den Herren Eitner, Henne, Porzig, Kaminski, Kloß, Krieger, Lukas, Schachschneider, Steinke, Bitoff bestand, und mit dem Vorstande gemeinschaftlich über Abänderung der Statuten berathen hatte. Über die Abänderungs-Vorschläge referirten in der Generalversammlung als Referent Herr Lehrer Jul. Lehmann und als Korreferent Herr Stadtkreis Bartsch, und wurden diese Vorschläge im Wesentlichen angenommen. Danach soll die Anzahl der Nichtsänger, welche dem Verein als Mitglieder angehören dürfen, höchstens 200 betragen, während früher diese Zahl auf 300 festgesetzt war; es würde demnach so lange Nichtsänger die Aufnahme in den Verein zu verweigern sein, bis jene Zahl von 200 erreicht ist. Dagegen bleibt die Zahl der Sänger, welche dem Vereine beitreten wollen, unbeschränkt. Der monatliche Beitrag wird von 5 auf 7½ Sgr. und das Eintrittsgeld für Nichtsänger von 1 auf 2 Thlr. erhöht, und auf diese Weise der Ausfall, welcher in Folge der Verminderung der Anzahl der Nichtsänger entsteht, gedeckt. Über die Aufnahme von Sängern dürfen nur Sänger mit ballotieren. Der Vorstand besteht von jetzt ab aus dem Vereins-(Gefammt)-Direktor, dem technischen Direktor, dessen Stellvertreter, dem Rendanten, dem Schriftführer, dem Bibliothekar und dem Vergnügungs-Vorsteher. Letzterer wird eine Kommission aus 6 Mitgliedern beigegeben, welche ihn in den Arrangements zu unterstützen hat. Bisher war der technische Direktor zugleich Vorsitzender des Vereins. Der technische Diregent und sein Stellvertreter werden nur von den Sängern gewählt, während bisher an dieser Wahl sich sämtliche Mitglieder beteiligten; alle übrigen Vorstandsmitglieder werden von Sängern und Nichtsängern gewählt. Der technische Diregent hat die Gesangsübungen und Aufführungen zu leiten und erhält für seine Mühewaltung jährlich 100 Thlr. Über die wöchentlichen Abänderungen gibt das neue Statut präzisere Bestimmungen für die Kassenverwaltung, und räumt dem Vorstand das Recht ein, vierteljährlich die Kasse zu revidiren. — Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung: Berichterstattung, Vorstandswahl, Etatsberatung etc. wurden bis zur Generalversammlung am 7. November verschoben. Die Wahlen werden alsdann bereits auf Grund des neuen Statuts stattfinden.

— In Jerzyce bei Posen, wo bisher nur eine rein katholische Schule existierte, soll nunmehr auch ein evangelischer Lehrer angestellt werden. Die evangelische Klasse, an welcher derselbe unterrichten wird, soll in dem geräumigen und stattlichen, neu gebauten Schulhause untergebracht werden. Nach der in Nr. 42 des Amtsblattes erlassenen Bekanntmachung, in der die neue Lehrerstelle ausgeschrieben wird, erhält der Lehrer ein Gehalt von 250 Thlr. nebst freier Wohnung und Brennmaterial. Da die Gemeinde Jerzyce etwa 140 schulpflichtige evangelische Kinder zählt, welche bis jetzt entweder evangelische Schulen in Posen oder die katholische Schule in Jerzyce besuchten, so wird unzweifelhaft durch die Errichtung dieser evangelischen Klasse einem längst gefühlten Bedürfnisse abgeholfen. In der Gemeinde hatten über diese Angelegenheit längere Unterhandlungen geführt, die jedoch bis jetzt zu keinem Resultate führten, indem die polnisch-katholische Majorität der Errichtung einer evangelischen Klasse abhold war.

— **Meseritz, 24. Okt.** [Diebstähle. Schulverhältnisse. Gründbuchamt.] In letzter Zeit sind hier wiederholte Diebstähle vorgekommen. Auf dem benachbarten Dorfe Kalzig wurde in einer Nacht ein schon fettes Schwein aus dem Stalle gestohlen. Aus einer auf dem Felde in der Nähe desselben Dorfes befindlichen Miete wurden 20 bis 25 Scheffel Kartoffel gestohlen. Zur Fortschaffung derselben hatten sich die Diebe, deren nach Ausweis der aufgefundenen und verfolgten Spur vier bis fünf gewesen sein müssen, eines Wagens be-

dient. Bis jetzt soll es noch nicht gelungen sein, die Diebe zu entdecken.

Die Königl. Regierung zu Posen hat dem Diaconus Müller die Inspektion über die evangelischen Schulen der Parochie Meseritz und gleichzeitig die Verwaltung des Rektorats an der evang. Stadtschule übertragen. Bis zum Jahre 1869 war die Rektorale mit Theologen besetzt, welche neben dem Rektor jährlich zwei Mal (Johanni und Christi) zu predigen die Verpflichtung hatten und außerdem in Bebindungsfällen der anderen beiden Geistlichen diese vertreten mussten. Seit der Pensionierung des Rektors Gafert ist die Rektorale mit dem Diaconat vereinigt worden. — An unserem Kreisgericht ist der Kreisrichter Renz zum Grundbuchrichter ernannt worden.

— **Ostrowo, 21. Okt.** [Feuer.] In dem hort an der Stadt belegenen Dorfe Krempa war in vergangener Nacht, und zwar zum zweiten Male seit den letzten vier Wochen, Feuer ausgebrochen. — Die Entstehungsursache wird in böswilliger Brandstiftung gesucht. Abgebrannt sind 3 Wohnhäuser und Stallungen. — Der hier seit vier Jahren bestehenden freiwilligen Feuerwehr, die ihre Tüchtigkeit von Neuem bewiesen, ist es zu verdanken, daß der Umfang des Feuers keine größere Dimensionen angenommen hat.

— **Schwerin, 27. Oktober.** [Eisenbahn Küstrin-Posen.] Heute hat hier selbst bei lebhaftester Belebung der Städte, der Kreise und der Grundbesitzer eine Vorversammlung stattgefunden, um ein Komitee zu wählen, welches die Konfession zu den Vorarbeiten der Linie Küstrin-Posen einzuholen und die letzteren zu leiten hat. Die Versammlung wählt Hrn. Landschaftsrath Reibel zum Vorsitzenden und ein Komitee, bestehend aus den Herren v. Waldow-Königswalde, v. Enneworth, Baron v. Bobelsburg und den Bürgermeistern Müller (Schwerin), Mack (Birnbaum) und Schmidt (Sonneburg). Das Komitee hat sich außerdem durch Mitglieder aus Küstrin und Posen zu verstärken. Die Bahn soll die Kreise Posen, Samter, Birnbaum, Sternberg und Königsberg durchschneiden, wird 21 Meilen lang und soll späterhin das geradeste Bindeglied der seit langer Zeit angestrebten direkten Linie zwischen Berlin und Warschau werden. Die Kosten zu den Vorarbeiten werden sofort von den Kreisverbänden und Städten aufgebracht werden, für die definitive Ausführung der Bahn sind schon jetzt von Seiten erster Finanzkreise günstige Angebote gemacht.

### Der deutsche Sprachunterricht für Kinder polnischer Zunge.

Nach den Ergebnissen, welche bezüglich des deutschen Sprachunterrichts bei den kürzlich in vielen polnischen Volksschulen unserer Provinz abgehaltenen außerordentlichen Revisionen zu Tage getreten sind, steht es zweifellos fest, daß seitens der Staatsbehörden dem deutschen Sprachunterricht in der polnischen Volksschule von nun an eine weit größere Aufmerksamkeit zugewendet werden wird, als dies bisher geschehen ist.

Die Schule soll dem praktischen Leben in Familie, Beruf und Staat dienen und für dieses Leben vorbereiten; dasselbe aber verlangt die Kenntnis der deutschen Sprache mit Entscheidlichkeit; der Staat fordert es im Interesse der Kinder und in seinem eigenen, und die Eltern wollen es selber, daß ihre Kinder in der deutschen Sprache ausgebildet werden. Demnach steht es nun einmal fest: das polnische Kind soll und muß deutsch lernen.

Daher tritt namentlich an die Lehrer polnischer resp. utraquistischer Schulen die Pflicht heran, diesen Gegenstand näher ins Auge zu fassen, um sich über die Aufgaben, deren Lösung die Staatsbehörden von ihnen erwarten, vollständig klar zu werden.

Das deutsche Kind soll nicht überflüssig zu verstehen und sich darüber, sowie über Selbstgedachtes geläufig und möglichst sprachrichtig ausdrücken. Das Ziel des deutschen Sprachunterrichts in den polnischen resp. utraquistischen Schulen wird kein anderes sein können. Wenn auch verschiedener Hindernisse wegen nicht der gleiche Grad von Sprachverständnis und Sprachfertigkeit, wie in der Muttersprache, erreicht werden wird, so muß das zu erreichende Ziel dennoch dasselbe bleiben.

Welches werden nun aber die Mittel zur Erreichung dieses Ziels sein? Während man früher beim Unterricht in der Muttersprache die Kinder eine Menge von Definitionen und Regeln auswendig lernen ließ und sie mit todten Begriffen und inhaltsleeren Formen erfüllte, führt man jetzt die Schüler in die Sprache ein auf den Wege praktischer Übung und steter Gewöhnung. Der Sprachunterricht in der Elementarschule zielt heutzutage vor Allem auf die Ausbildung des Sprachgefühls ab; die Grammatik tritt hinzu, um dieses Sprachgefühl zu unterstützen und zu läutern. In Betreff der deutschen Sprache in polnischen Schulen wird ebenfalls eine mehr praktische als theoretische Behandlung Platz greifen müssen; aller todre Gedächtniskram und alles durre Regelwerk müssen ausgeklossen bleiben. Es kann sich gar nicht darum handeln, daß die polnischen Kinder deutsch decliniren und conjugiren, als die Regel an Schnürchen herfassen oder mit Hilfe eines Wörterbuchs und der erlernten grammatischen Regeln aus der einen Sprache in die andere übersetzen, sondern daß sie sprechen und die deutsche Sprache frei und selbständig gebrauchen lernen. Dies kann aber nur, wie die Erfahrung lehrt und es alle Pädagogen klar und deutlich ausgesprochen haben, durch Nachahmung und Übung geschehen. So sagt z. B. Comenius: „Eine Sprache wird besser durch den Umgang, durch Hören, wiederholtes Lesen, Abhören u. s. w. als durch Regeln gelernt; diese aber kommen dem Umgang zu Hilfe und geben ihm Sicherheit.“ Diesen Grundsatz hat unsere Zeit als das Richtige erkannt, und er findet beim deutschen Sprachunterricht in rein deutschen Schulen seine Anwendung; aber auch für unsere polnischen Schulen kann es kein anderes Mittel geben, das Kind zum selbständigen Gebrauch der deutschen Sprache zu bringen, als das oben bezeichnete. Auch hier kann der freie, richtige Gebrauch der Wort- und Redeformen seitens der Kinder gleichsam nur ersprochen, erleben und erlernen werden; auch hier macht Übung den Meister. Vor Allem also Nachahmung und Übung, Übung im deutschen Hören und Sprechen, im deutschen Lesen und Schreiben.

Während die Übungen im deutschen Lesen und Schreiben von denen der polnischen Muttersprache nicht wesentlich verschieden sind, bieten die Sprachübungen, welche eigens dazu angestellt werden müssen, um die Kinder im deutschen Sprechen zu üben, schon manche Schwierigkeiten. Gerade diese Sprachübungen aber sind es, auf welche namentlich in der polnischen Elementarschule der Hauptwert beim deutschen Unterricht zu legen ist. Manche Lehrer sind nun der Ansicht, daß bei diesen Sprachübungen von der Muttersprache auszugehen sei, daß Alles, was von den polnischen Kindern deutsch gesprochen werden soll, ihnen zunächst polnisch zum Verständnis gebracht und dann erst ins Deutsche überetzt werden müsse. Dies kann aber durchaus nicht der richtige Weg sein.

Am sichersten und besten erlernt man irgend etwas unstreitig auf demselben Wege, welchen die Natur selber vorzeichnet. Welcher Weg nun beim Erlernen einer fremden, hier also der deutschen Sprache einzuschlagen ist, wird uns durch die Art und Weise, wie ein Kind

dabei gesehen, angehaut; so kennt es dieselben bestimmt; die Mutter darf nur das Wort aussprechen, so sieht oder zeigt das Kind auf die Dinge hin. Ebenso lernt es bald die Worte: Fas nicht an! es brennt! heißt! laufen! springen!

So kennt das Kind, noch ehe es seiner Sprachorgane mächtig ist, fast alle Dinge seiner Umgebung und eine ganze Menge von Thätigkeiten. Bald fängt es nun auch an, einzelne Laute und Worte nachzuhören, es fängt zur großen Freude der Eltern und Geschwister an zu sprechen. Mit unermüdlichem Eifer sprechen ihm jetzt diese Verschiedenes vor, weisen auf die Dinge und Thätigkeiten hin und veranlassen das Kind, das Gehörte nachzusprechen und mit dem Anschauung zu verknüpfen. Doch nicht Alles, was das Kind bis zu seinem Eintritt in die Schule kennt und weiß, hat es auf eine solche Weise gelernt. Vieles spricht es nach, das es noch gar nicht oder nicht vollständig versteht.

Richter sagt: „Wie ein dumpfer Wogenenschwall rauscht am Ohre des Kindes eine hunde Menge von Wörtern vorüber, von denen es viele kennen lernt und mit denen es wie mit Märchen spielt, bis endlich im glücklichen Augenblick durch Bezeichnung derselben auf bekannte Gegenstände mit ihnen die Vorstellung eines Dinges als ihr Inhalt sich vermählt.“

Aus dem bisher Angeführten ist zu ersehen, daß beim Sprechenlernen des Kindes, Anschauen und Sprechen fortwährend in Wechselwirkung treten; das Anschauen erzeugt das Denken und Sprechen und umgekehrt, die Sprache der Erwachsenen und der übrigen Kinder erzeugt Vorstellungen und Gedanken.

Es erlangt demnach das Kind seine Muttersprache durch nichts Anderes, als durch (theils absichtliche, theils unabsichtliche) Anschauungs-, Denk- und Sprachübungen.

Wer nun in einer polnischen oder ultraquistischen Schule den polnischen Kindern Fertigkeit in deutschen Sprachen beibringen will, kann es naturgemäß nur auf dieselbe Weise thun; er muß gleichzeitig die polnischen Kinder den Prozeß der Erlernung der Muttersprache noch einmal durchmachen lassen, d. h. er muß ebenfalls Anschauungs-, Denk- und Sprechübungen treiben, nur mit dem Unterschiede, daß er eine feste Ordnung und eine stetige Wiederholung inne zu halten hat, während dort mehr der Zufall seine ungeordnete Herrschaft übt. Dass diese Übungen nicht in der polnischen, sondern in der deutschen Sprache stattfinden müssen, versteht sich von selbst, denn wie anders würden die Kinder Gelegenheit finden, die deutsche Sprache zu hören und sich im Nachsprechen zu üben? Dass in der Übung des Ohres und der Sprechwerkzeuge die erste und fortgesetzte Bedingung liegt, sich der Sprache zu bemächtigen und sie richtig zu gebrauchen; dass die Sprache nur durch die Sprache, d. h. durch Sprechen, durch den lebenden Umgang mit der Sprache erlernt werden kann, steht ja bereit fest.

Uebrigens ist die Methode, den fremdsprachlichen Unterricht (der lebenden Sprachen) auf die Anschauung zu gründen, wobei das Mittel des Übergehens entweder ganz ausgeschlossen oder wenigstens möglichst beschränkt bleibt, durchaus nichts Neues. Comenius hat schon im 17. Jahrhundert den Satz ausgesprochen und angewendet: Die Sache ist der Leib, das Wort ist das Kleid; Sache und Wort sind daher zugleich beizubringen.“ Für die besonderen Sprachübungen in der Volksschule, empfiehlt es sich die 6 Winkelmannschen Bilder zu Grunde zu legen die durch Strübing in Berlin eine musterhafte Behandlung erfahren haben.

Jedoch zur Übung im Deutschsprechen reichen natürlich die für den Anschauungsunterricht bestimmten etwa 4 Stunden wöchentlich nicht aus; es müssen auch die anderen Fächer: Heimathstunde, Geographie, Naturgeschichte, Rechnen und Gesang zu Hilfe kommen, weil diese Gegenstände den besten Stoff zu den Sprachübungen bieten. Wenn außerdem die Lehrer in polnischen resp. ultraquistischen Schulen bemüht sein werden, auch in den Pausen, vor und nach dem Unterricht, ihre Schüler zum Deutschsprechen anzuregen, wenn sie selbst mehr mit ihnen deutsch sprechen werden, so dürften gewiß auch bessere Resultate als bisher erzielt werden.

Wenn aber die Lehrer an polnischen Schulen glauben, schon ein Uebrigiges gethan zu haben, wenn das polnische Kind mechanisch deutsch lesen oder einige Gegenstände in der Schule mit deutschen Namen benennen kann, so ist damit durchaus nicht die Forderung erreicht, welche die Familie, der Beruf und der Staat an die Schule zu stellen berechtigt sind.

Es wird daher die Pflicht der neu anzustellenden Schulrevisoren sein, mit eiserner Konsequenz und Strenge darauf zu achten, daß der deutsche Sprachunterricht in oben angedeuteter Weise betrieben werde und daß bei den anderen Lehrobjekten ebenfalls die deutsche Sprache in Anwendung komme. Gleichzeitig wird es ihre Aufgabe sein, diejenigen Lehrer, denen die deutsche Sprache nicht genügend geläufig ist, zum besseren Erlernen derselben aufzumuntern, wenigstens aber dem Indifferenzismus gegenüber der deutschen Sprache, von welcher noch sehr viele polnische Lehrer besangen sind, — eine Folge der bisherigen Schulaufsicht und der geringen Kenntnis der deutschen Sprache in unseren katholischen Seminarien — zu beseitigen und aus Sauli Pauli zu machen. Nur auf diese Weise wird es anders, wird es besser werden in unseren polnischen Volksschulen.

Berantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.

## Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten.

### Revalessciere Du Barry von London.

Bei allen Krankheiten bewöhrt sich ohne Medicin und ohne Kosten die delicate Gesundheitsspeise Revalessciere du Barry von London, die bei Erwachsenen und Kindern ihre Kosten 50fach in anderen Mitteln und Speisen erspart.

Auszug aus 75.000 Genesungen an Magen-, Nerven-, Unterleib-, Brust-, Lungen-, Hals-, Stimm-, Atem-, Drüs-, Nieren- und Blasenleiden — wovon auf Verlangen Copien gratis und franco gesendet werden:

#### Certificat Nr. 64.210.

Neeapel, 17. April 1862.

Mein Herr! In Folge einer Leberkrankheit war ich seit sieben Jahren in einem furchtbaren Zustande von Abmagerung und Leiden aller Art. Ich war außer Stande zu lesen oder zu schreiben; hatte einen Bittern aller Nerven im ganzen Körper, schlechte Verdauung, fortwährende Schlaflosigkeit und war in einer steten Nervenaufregung, die mich hin- und hertrieb und mir keinen Augenblick der Ruhe ließ, dabei im höchsten Grade melancholisch. Viele Aerzte hatten ihre Kunst erschöpft, ohne Linderung meiner Leiden. In völliger Verzweiflung habe ich Ihre Revalessciere ver sucht und jetzt, nachdem ich drei Monate davon gelebt, sage ich dem lieben Gott Dank. Die Revalessciere verdient das höchste Lob, sie hat mir die Gesundheit völlig hergestellt und mich in den Stand gesetzt, meine gesellschaftliche Stellung wieder einzunehmen. Mit innigster Dankbarkeit und vollkommenster Hochachtung.

Marquise de Bréhan.

Nahrhafter als Fleisch, erspart die Revalessciere bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Blechbüchsen von  $\frac{1}{2}$ , Pfund 18 Sgr., 1 Pfund 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pfund 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pfund 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pfund 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pfund 18 Thlr. — Revalessciere chocolate in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. Revalessciere-Bisquits in Büchsen à 1 Thlr. 5 Sgr. und 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co. in Berlin, 178 Friedrichstraße; in Posen: Rothe Apotheke A. Brühl, Krug & Fabriks, F. Bromm, Jacob Schleifinger Söhne in Polnisch-Lissa bei S. A. Scholz, in Bromberg bei S. Hirschberg, Firma: J. L. Schottländer in Graudenz bei F. Engel, Apotheker, in Breslau bei S. G. Schwartz, und in allen Städten bei guten Apothekern, Droguen-, Spezerei- und Delikatessen-händlern.

Berlin, o. 21. September 1872

### Aufforderung.

Unter Bezugnahme auf den § 21 des Geleget vom 11. Mai 1851 (Gesetz-Sammlung Seite 362) werden allejenigen, welche ihre Ansprüche auf Vergütung der während des mobilen Zustandes der Armee in den Monaten Juli 1870 bis einschließlich Juni 1871 von ihnen bewirkten Kriegsleistungen noch nicht angemeldet haben, hierdurch aufgefordert, dieselben innerhalb einer prälubrischen Frist von drei Monaten vom Tage der ersten Publikation gegenwärtiger Aufforderung durch das be treffende Amtsblatt anzurechnen, bei dem zuständigen Landrathen in der Provinz Hannover bei dem Kreis-Hauptmann und in den hohenlohnischen Landräten in den höheren Befreiungen anzumelden.

Die bis zum Ablauf der Prälubrisfrist nicht angemeldeten Aufforderungen sind nach der angezogenen Frist gestellt von jeder Befreiung ausgeschlossen.

Der Kriegsminister, gez. Graf von Noor.

Der Finanzminister, gez. Camphausen.

Der Minister des Innern,

Im Vertretung,

gez. Bitter.

Vorstehender Erlass wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Posen, den 23. Oktober 1872

Königlicher Polizei-Direktor.

Standby.

### Bekanntmachung.

Die Lieferung des Bedarfs an Schreibmaterialien und die Anfertigung von Drucksachen für die unterzeichneten Intendanturen so wie für die Intendancen der 9. und 10. Division für das Jahr 1873 soll im Wege der Submission an den Ministrator verlangt werden.

Die Bindungen können in unserer Registatur und bei der Intendantur der 9. Division in Glogau eingefügt werden und sind die Submissions-Offerten bis zum

Montag, den 4. Nov. c.,

Vormittags 11 Uhr,

entweder an uns oder an die Intendantur der 9. Division in Glogau einzureichen, an welchem Tag die Offerte eingegangenen Offerten erfolgen wird.

Die Intendantur

5. Armee-Corps.

### Bekanntmachung.

Unter Nr. 12 des Geschäftsführers, woselbst die Handlungsfirma S. und W. Hepte und als deren Inhaber die Kaufleute Severin und Waldislaus Hepte in Schmiegel vermerkt stehen, ist zufolge Verfügung eingetragen:

„Die Handelsgesellschaft ist erloschen.“

In unsern Firmenregister ist unter Nr. 162 der Kaufmann Waldislaus Hepte zu Schmiegel,

Ort der Niederrastung:

Schmiegel,

Firma: W. Hepte,

heute eingetragen.

Kosten, am 21. Oktober 1872.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abteilung.

Am 1. November er,

vor dem hiesigen Rathause

10 Uhr Vormittags,

1) ein Tuba,

2) ein Tenor-Horn,

3) ein Alt-Horn,

4) fünf Ventil-Trompeten,

5) zwei Cornets

meistbändig öffentlich verkaufen.

Posen, den 24. Oktober 1872.

Der Auktions-Kommissar.

### Bekanntmachung.

Im Auftrage des Königlichen Kreisgerichts hier selbst wird der unterzeichnete

am 1. November er,

vor dem hiesigen Rathause

10 Uhr Vormittags,

1) ein Tuba,

2) ein Tenor-Horn,

3) ein Alt-Horn,

4) fünf Ventil-Trompeten,

5) zwei Cornets

meistbändig öffentlich verkaufen.

Posen, den 24. Oktober 1872.

Der Auktions-Kommissar.

Am 1. November er,

vor dem hiesigen Rathause

10 Uhr Vormittags,

1) ein Tuba,

2) ein Tenor-Horn,

3) ein Alt-Horn,

4) fünf Ventil-Trompeten,

5) zwei Cornets

meistbändig öffentlich verkaufen.

Posen, den 24. Oktober 1872.

Der Auktions-Kommissar.

Am 1. November er,

vor dem hiesigen Rathause

10 Uhr Vormittags,

1) ein Tuba,

2) ein Tenor-Horn,

3) ein Alt-Horn,

4) fünf Ventil-Trompeten,

5) zwei Cornets

meistbändig öffentlich verkaufen.

Posen, den 24. Oktober 1872.

Der Auktions-Kommissar.

Am 1. November er,

vor dem hiesigen Rathause

10 Uhr Vormittags,

1) ein Tuba,

2) ein Tenor-Horn,

3) ein Alt-Horn,

4) fünf Ventil-Trompeten,

5) zwei Cornets

meistbändig öffentlich verkaufen.

Posen, den 24. Oktober 1872.

Der Auktions-Kommissar.

Am 1. November er,

vor dem hiesigen Rathause

10 Uhr Vormittags,

1) ein Tuba,

2) ein Tenor-Horn,

3) ein Alt-Horn,

4) fünf Ventil-Trompeten,

5) zwei Cornets

meistbändig öffentlich verkaufen.

Posen, den 24. Oktober 1872.

Der Auktions-Kommissar.

Am 1. November er,

vor dem hiesigen Rathause

10 Uhr Vormittags,

# Dortmunder Actien-Brauerei

vom Herberz & Co.

Die auf obige Aktionen angewandten Beträge finden  
volle Berücksichtigung und sind die vollgezahlten  
Original-Aktionen zugleich 5 % Zinsen vom  
1. Nov. 1872 am 2. November d. J. bei den  
betroffenen Beichenstellen abzunehmen.

## Central-Bank für Genossenschaften.

Zur Discontirung, Domicilirung und  
zum Incasso von Wechseln halten wir uns  
bestens empfohlen.

Erfurt, im October 1872.

## Thüringer Bankverein.

Moos. pp. Floericke.

### Weißdornpflanzen

nach der Stärke sortirt, 4, 5 und 6 Thlr. per 1000 Stück.

Eugsterpflanz n stark 5

schwäche 4

Rohltannen od. Eichen 1½-2 Fuß hoch per Scheit 2½ Thlr.

Baumtannen 1-1½ Fuß hoch 5 Thlr.

Schierpflanzen 6 Thlr. per 1000 Stück,

Elterpflanzen 4

sowie verschiedene Bäume und schwäbische Sträucher zu Park- und Gartenanlagen sind in bedeutender Auswahl zu haben in der Handelskunsterei von

C. Brüggemann zu Gnesen.



## Gollmiz bei Prenzlau.

Der Verkauf der in meiner Stammherde  
gezüchteten

### reinblütigen französischen Merino-Böcke

hat zu festen aber billigen Preisen begonnen.

G. Mehl.



## Der Verkauf von 1½ bis 2jährigen

### Merino-Kammwoll-Böcken in der Stammherde zu Kobylepole hat begonnen.

Die Preise sind von 30 Thlr.  
aufwärts festgesetzt.

## Dominium Kobylepole bei Posen.

### Breitdreschmaschinen mit Göpel,

verbunden mit Reinigungsmaschine,  
von anerkannt vorzüglicher, neuester Construction, welche sich  
durch leichten Gang, große Leistungsfähigkeit und einen  
Drusch auszeichnen, empfehle ich als Spezialität aus meiner  
Fabrik. Leistung pro Tag: 100-150 Scheffel Winter-  
getreide und 200-250 Scheffel Sommergetreide.

Bei meinen Breitdreschmaschinen habe ich jetzt eine ganz  
neue Vorrichtung in der Weise getroffen, daß mit der Dresch-  
maschine eine Reinigungsmaschine in Verbindung gebracht  
und zu gleicher Zeit betrieben werden kann.

Ferner halte ich auf Lager vorrätig:  
Siedemaschinen in allen Größen, Futter-Kochapparate,  
Rübenschäfner, Rübenschneider, Oelskuchenbrecher, Hafer-  
quetschern, sowie alle anderen landwirtschaftlichen Maschinen  
aus renommierten Fabriken.

J. Kemna, Breslau.

Einige Arbeitspferde und  
Pferdedünger

sind sofort zu verkaufen auf  
Eisenbahnbaustelle vor dem  
Bromberger Thore. Meldungen  
dasselbst bei Aufseher  
Krenck.

Ein Savall'scher  
Sprit-Apparat

6.800 L. Füllung, wird zu kaufen  
gesucht.

Offeraten unter C.C. 286 werden  
durch die Annons-Expedition von

Haasestein & Vogler in Magdeburg erbeten.

### Bekanntmachung.

In der Ottorowoe Forst  
scheit aus vorjährigem Einschlag  
300 Raummeter Kiefe n Scie e  
40 Espen u. Wei-  
den-Scheite  
100 Kiefernes Astholz  
40 Espen- u. Wei-  
den-Astholz und  
1400 Kiefern-eichene  
Stöcke

zum Verkauf.

Vordenantes Holz wird Mo-  
nats u. Donnersta. 8 j. der Woche  
u. zwar den Raummeter Schei-  
holz mit 1 Thlr. 11 Sgr. 3 Pf.,  
den Raummeter Astholz mit 1  
Thlr. 5 Sgr. v. den Raummeter  
Stübenholz mit 20 Sgr. gegen  
Barbezahlung verkauft



**Sprungfähige  
Vollblut-Böcke**  
der Oxfordshire- u. Cotswold-  
Race, stehen zum Verkauf auf  
dem Dominium Podrza bei  
Stenshewo.



**Der  
Bock-Verkauf**  
in der Stammherde Mittsch.,  
Kreis Rosl., beginnt mit dem Monat  
November. Erbrachte steht bei  
rechtszeitiger Anmeldung auf den Bahnhöfen  
Kandzin und Leobschütz bereit.  
Rochanty, bei Pol. - Rusl.

Lieb.

**Fußboden-Glanz-Pasta**,  
neueste Erfindung für die  
Haushaltung, übertrifft alle bisher  
angewandten Bodenstrüsse an Billig-  
keit, Eleganz und Haltbarkeit.  
Eine Schachtel für 2½ Sgr. ge-  
nugt für ein mittleres Zimmer auf ge-  
räume Zeit.

**General-Depot für Posen bei  
M. Wassermann,**  
Breitestr. 22.

**Die Preßhefensfabrik  
von  
J. W. Siemens,**  
St. Albrecht bei Danzig.  
Poststation Praust,  
offert die anerkenn. beste Preßhefe  
zum Preis von 10 Sgr. das Pfund.

**Geschwächten,**  
namlich durch Jugendfün-  
den (Selbstbestückung) Aus-  
schweißung und Aussteckung  
im Zeugungs- und Nerven-  
System. Erfüllt man kann reelle  
sichere und dauernde Hilfe  
verhehren werden durch das  
bekannte, bereits in 72 Auflagen  
(200,000 Exemplaren) ver-  
breite Buch:

**Die Selbstbewahrung.**  
Von Dr. Petar Mit 27  
Abbild. Preis 1 Thlr.

Nachweislich vorhanden  
dreiwerthi in 4 Jahren über  
15000 Personen die Wieder-  
herstellung ihrer Gesundheit.  
Keiner Zweck und Erfolg die-  
ses Buches wird in allen Regier-  
ungen in einer besonderen  
Denkschrift berichtet.

Verlag von G. Voigt's  
Schulbuchhandlung in Leipzig  
und dort, so wie in jeder Buch-  
handlung.

**in Posen bei J. Jolowicz**  
zu bekommen.

Da der am 13., 14. und 15. No-  
vember c. stattfinden Befragung der  
König Wilhelm-Lotte ist

4. Seite,  
der Hauptgewinn 15.000 Thlr. ist,  
die Lotte (ganze à 2 Thlr. 100  
à 1 Thlr.), sowie

Kölner Dombau-Loose,  
à 1 Thlr. der Befragung am 16ten  
Januar 1873 ist in d. Exped.  
der Posener Zeitung zu haben.

Berlinerstr. 11 sind 2 Remisen zu  
Bärensager zu vermieten.

In unserem Verlage ist erschienen:

## Kalendarz polski i gospodarski

dla Wielkiego Księstwa Poznańskiego na rok Państwski  
1873 z rycinami. Tuzin 2 tal. 25 sgr., pojedyńczo 10 sgr.  
Kalendarz ten zawiera, prócz astronomiczno i kościelnego.

**Anna Orzelska, pani Blękitnego Pa-  
lacu, przez J. Bartoszewicza;  
O rodzinie Kopernika;  
Wyprawa do miasta, historia nowo-  
roczna;**  
**Obliczenia cen nowych miar i wag  
podług starych;**  
**Wykaz jarmarków dla W. Hs. Po-  
znańskiego, Prus Zachodnich, Wscho-  
dnich i Śląska, i t. d. i t. d.**

Posen, im Oktober 1872.

**Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co.**  
(E. Röstel.)

Ein junger Mann, mit guter Schul-  
bildung findet unter solchen Bedingun-  
gen eine Stelle als Gehrling in mei-  
nem Destillations-Geschäft.

Julius Werner,  
in Bromberg.

**Allgem. Männer-  
Gesangverein.**

Vorversammlung am Mittwoch,  
30. d. Mts., Abends 8 Uhr, im  
kleinen Schwestern'schen Saale  
beim heiligen Vorbereitung der Wahl  
des Gesamtvorstandes.

Durch den Tod ihres Mannes ist  
eine Lehrerwitwe mit 5 Kindern von  
1½ bis 8 Jahren in das größte Elend  
geraten. Der Unterzähne bittet  
heilig um Gaben zur Erziehung der  
Waisen. Vielleicht möchten sich bar-  
herzige Eltern finden lassen, die einge-  
det des Wortes Christi: „Wer ein  
solches Kind aufnimmt in mein Haus,  
der nimmt mich auf“, bereit wä-  
ren, eins von diesen Kindern zur  
Erziehung in ihr Haus zu nehmen.  
Braustadt, 26. Oktober 1872.  
Hilde. Pastor.

**Familien-Nachrichten.**

Die Verlobung unserer Tochter  
Bertha mit dem Herrn Samuel  
Landsberger aus Posen zeigen wir  
hiermit ganz ergeben an.  
Kobylin, im Oktober 1872.  
Kastel Kallmann  
und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:  
Bertha Kallmann,  
Samuel Landsberger.  
Kobylin - Posen.

Gestern früh um 7/4 Uhr wurden  
wir durch die Geburt eines gesunden  
Knaben erfreut.

G. Mähl u. Frau.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe  
Frau Marie, geb. Behmann, von  
einem kräftigen Knaben glücklich ent-  
bunden.

Tarnowo b. Czempin,  
den 26. Oktober 1872.  
Bernhard Lorenz.

Gestern Nacht 3½ Uhr hat Gott  
der Allmächtige befohlen, unsere herzlich  
innig geliebte Mutter, Schwester, Großmutter und Ur-  
Großmutter, Frau Rentier.

**Eleonora Gumpert**  
im 71. Lebensjahr zu sich zu rufen,  
welches die  
tief betrübten Hinter-  
bliebenen

allen Verwandten und Bekannten zur  
traurigen Nachricht bringen.  
Götz, den 28. Oktober 1872.

Am 23. d. Mts. starb nach langen  
schweren Leid'n unsere geliebte Mutter  
und Schwester, Frau

**Caroline Reisner**  
geb. Reisner.  
Tief betrübt zeigen dies allen Ver-  
wandten und Freunden an  
die Hinterbliebenen.

Schrimm, den 27. Oktober 1872.  
J. Heilbronn u. Frau  
Commissionsrat.

**Stadt-Theater.**

Montag, den 28. Oktober. Zum  
zweiten Male: Ein Held der Feder.  
Schauspiel in 5 Akten, nach C. Werner's  
gleichnamige Erzählung von C. Wegel.

Dienstag, den 29. Oktober. Wenn  
Frauen Lust haben, Lustspiel in 1 Akt  
von A. v. Winterfeld. - Das Nach-  
lager von Granada, romantische

Oper in 2 Akten von C. Kreuzer.

**Saison-Theater.**  
Mittwoch, 30. Oktober. Im Vor-  
zimmer Sr. Czellenz. Dramalet  
in 1 Akt von R. Hahn. - Der ge-  
heimnisvolle Brief, Lustspiel in 1  
Akt von R. Benedict. - Die Verlo-  
bung bei der Paterne, Operette in  
1 Akt von Offenbach.

Preise: Ein denkt 15 Sgr., Loge  
und Sperz 7½ Sgr., Balkon 5 Sgr.,  
Schüler 6 Sgr., Galerie 2½ Sgr.

Heute Montag: Dr. Robin. - Einer  
muß heirathen. - Das Fest der Hand-  
werker.

Gisbeline heute Montag bei  
G. Preuß, Breslauerstraße 32.

**Felsen-Keller.**

St. Martinstr. 61.  
Heute und folgende Tage  
Koncert und Gesangsvorträge  
der Gesellschaft Scheel.

### Lehrlingsgesuch.

Ein junger Mann aus der Provinz,  
Sohn achtbarer Eltern, leider Landes-  
sprecher nötig, kann sofort bei uns  
als Lehrling plaziert werden.

Gebiel für Lehrlinge teilen von  
Joseph Uhles & Co.  
in Frankfurt o. O. Salle Pos. n.

Einen tüchtigen

Hausknecht sucht

A. Cichowicz.

Morgen Gisbeline Halloßstr. 2  
bei O. Meyer.

Heute Montag frische Wurst bei  
G. Schulze, Breslauerstraße 84.

